

(Präsident Denzer)

- (A) Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 10/796 zu Kap. 05 390 Tit. 422 10 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Ich komme zu Antrag Drucksache 10/797 zu Kap. 05 300 Tit. 422 10. Hierzu hat die Fraktion der CDU namentliche Abstimmung beantragt. Das Verfahren brauche ich Ihnen nach den Übungen von gestern und am heutigen Vormittag nicht mehr zu erläutern. Ich bitte den Herrn Schriftführer, mit der Verlesung der Namen zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren, ich darf fragen, ob alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben haben?

(Abg. Backes (CDU), Dreyer (CDU) und Sommerfeld (SPD) geben durch Zeichen zu verstehen, daß sie ihre Stimme noch nicht abgegeben haben. Ihre Namen werden zur Abstimmung aufgerufen und die Ergebnisse in die Abstimmungsliste eingefügt, die in der Anlage 1 nachzulesen ist.)

Ich frage noch einmal: Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? - Ich sehe, das ist der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen. -

(B)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: Mit Ja stimmten 80 Abgeordnete, mit Nein stimmten 113 Abgeordnete; 14 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 10/798. Dieser Antrag betrifft alle Schulformkapitel, Titel 422 10. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 10/799 der CDU zu Kap. 05 820, neuer Titel. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 05 - Kultusminister. Wer dem Entwurf des Einzelplans 05 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/725 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Der Entwurf des Einzelplans 05 ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. angenommen.

(C)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 06: Minister für Wissenschaft und Forschung

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 10/800 der Fraktion der CDU zu Kap. 06 020 Tit. 422 10 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Entwurf des Einzelplans 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung. Wer dem Entwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/726 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Entwurf des Einzelplans 06 ist in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. angenommen.

(D)

Ich rufe jetzt auf:

Einzelplan 10: Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/730.

Mit den Drucksachen 10/808 bis 10/811 liegen Ihnen vier Änderungsanträge zu diesem Einzelplan vor.

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung. Das Wort hat Herr Abg. Kruse von der Fraktion der CDU.

Kruse CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir dürfen uns als rohstoffarmes Land durch den gegenwärtigen tiefen Fall der Ölpreise nicht davon abbringen lassen, weiterhin den Einsatz nachwachsender Rohstoffe als Energiequellen zu erforschen, um gegen absehbare Versorgungskrisen gewappnet zu sein. Die Land- und Forstwirtschaft kann dazu wesentlich beitragen. Natürliche Roh-

(Kruse (CDU))

- (A) stoffe könnten vielfach umweltbelastende Stoffe ersetzen, ohne selbst die Umwelt zu schädigen. Der Ersatz von Blei im Treibstoff oder die Verwendung von Stärke bei der Kunststoffherstellung sind dafür nur zwei Beispiele. Politik ist nur dann auf kurze Sicht richtig, wenn sie auch auf lange Sicht richtig ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Wer nimmt es denn heute noch zur Kenntnis, daß eigentlich die Landbewirtschaftung frühester Zeit den Menschen außer Wasser alle für das Leben notwendige Produkte lieferte, also nicht nur Nahrungsmittel, sondern zum Beispiel auch Fasern, Häute, Öle, Fette und Energie? Vor 35, 40 Jahren, in schwerer Zeit, entsann man sich dieser Möglichkeit erneut.

Wir haben uns daran gewöhnt, die endlichen Rohstoffe zu verbrauchen und nachwachsende Rohstoffe zu vergessen. Die Landwirtschaft ist in der Lage, entsprechende Pflanzen anzubauen. Wenn heute Nahrungsmittelüberproduktion, EG-Preis- und Quotenregelungen die Chancen zum Leben und Überleben unserer klein- und mittelbäuerlichen Betriebe immer mehr einschränken, dann erwächst uns hier nicht nur eine landwirtschaftliche, sondern auch eine volkswirtschaftliche Aufgabe.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Die Landwirtschaft kann mehr als Nahrungsmittel produzieren. Nachwachsende Rohstoffe, Industrie- und Handelsgewächspflanzen müssen heute wieder entdeckt werden, und zwar aus ökologischen und ökonomischen Gründen. Wir sind dazu aufgefordert, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Es geht hier - und das will ich in aller Deutlichkeit sagen - nicht darum, eine Dauersubventionierung zu begründen, sondern darum, etwas Zukunftsträchtiges auf die Schiene zu setzen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion hat deshalb für Forschung und Entwicklung industriell nutzbarer landwirtschaftlicher Erzeugnisse und zur Förderung eines Pilotprojekts zur industriellen Nutzung landwirtschaftlicher Erzeugnisse einen Ansatz in Höhe von 300 000 DM und 1,2 Millionen DM als Verpflichtungsermächtigung beantragt. Im Protokoll des Ausschusses heißt es dazu: Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Ja, meine Damen und Herren, so ist das bei den Abstimmungen: Während sich draußen durch das Tauwetter der Frühling ankündigt, beschließt die Mehrheit, daß der tiefe Winter im Landtag fortgesetzt wird.

(Zustimmung bei der CDU)

(C) Meine Damen und Herren, zu Beginn der Überlegungen, Biomasse für die Erzeugung von Energie und Industriegrundstoffen zu nutzen, wurde für diese Aktivität der Begriff "Nutzung nachwachsender Rohstoffe" geprägt. Ich möchte es so definieren: Der Industriepflanzenanbau ist die Form der pflanzlichen Produktion in der Landwirtschaft, bei der durch den gezielten Anbau von ein- oder mehrjährigen Pflanzen mit speziellen Merkmalsausprägungen Grundstoffe für die Industrie außerhalb des Nahrungs- und Futtermittelsektors erzeugt werden.

Wir meinen, es müsse die Idee weiterentwickelt werden, z. B. aus Rettich, Kartoffeln oder eiweißhaltigen Pflanzen Äthanol herzustellen oder aus Raps, Mohn oder Sonnenblumen Öl für die industrielle Nutzung mit einem unglaublich breiten Nutzungsspektrum oder aus Kartoffeln, Getreide oder Mais Stärke auf pflanzlicher Basis zur Kunststoffherstellung zu produzieren - letzteres wäre in hohem Maße umweltverträglich, da diese Kunststoffe nach einem organischen Zersetzungsprozeß kein anschließendes Umweltproblem mit sich bringen - oder aus Flachs oder Hanf Fasern herzustellen - und das halte ich für sehr wichtig -, damit wir eine Alternative zum Asbest haben. Jeder, der sich mit diesem Thema beschäftigt, kennt die großen Probleme.

(Zustimmung bei der CDU)

(D) Es gäbe viele weitere Beispiele zu nennen. Diese Argumente, die ich Ihnen vorgetragen habe, stützen die ökologische Säule - eine von drei Säulen des Industriepflanzenbaus -, genauso wie die Tatsache, daß sich das Artenspektrum der Kulturpflanzen seit Jahrzehnten im Dornröschenschlaf befindet. Dies ist ganz eindeutig eine Folge des großen Preis-Kosten-Drucks in der Landwirtschaft, verursacht durch eine versäumte Kurskorrektur der EG-Agrarpolitik in den 70er Jahren.

(Zustimmung bei der CDU)

Hierfür kann man die Bauern nicht verantwortlich machen und - Herr Minister Matthiesen - auch nicht die CDU-geführte Bundesregierung. Selbst durch ständiges Wiederholen bleiben diese Wiederholungen falsch.

(Zustimmung bei der CDU - Nagel (CDU): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Die großen Probleme im Bereich der Agrarpolitik sind und bleiben Altlasten, die die CDU in Bonn Ende 1982 übernehmen mußte, wie in vielen anderen Bereichen.

(Zustimmung bei der CDU)

(Kruse (CDU))

- (A) Bei der Lösung dieser schwierigen Situation sollte sich deshalb die SPD in den Ländern, wo sie die Mehrheit hat - auch hier in Nordrhein-Westfalen - nicht aus der Verantwortung stehlen.

Das Artenspektrum der Kulturpflanzen könnte also bei verstärktem Einsatz der von mir beispielhaft genannten Pflanzen erweitert und die Fruchtfolgen aufgelockert werden. Dies wäre aus ökologischer Sicht - aus der Sicht des Bodenschutzes - sehr begrüßenswert, weil hier das schwerwiegende Nitratproblem - häufig eine Folge, das ist bekannt, der zu engen Fruchtfolgen - möglicherweise verringert würde. Wir wollen - das will ich sehr deutlich sagen - deshalb keine Monokultur mit neuen Problemen, sondern eine Ergänzung.

(Wendzinski (SPD): Machen Sie es doch!)

Ministerpräsident Dr. Rau hat in seiner Regierungserklärung vor neun Monaten die ökologische und ökonomische Erneuerung Nordrhein-Westfalens proklamiert und dabei die Fortsetzung der technischen und forschungspolitischen Offensive angekündigt. Er sagte dabei u. a. - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -:

Wir wollen mutig nach vorne gehen und unsere Gesellschaft mit neuen Ideen nach vorne bringen. Ich lade alle ein, mit Kreativität und Phantasie dabei zu helfen.

(B)

Ich stelle fest, daß man auf unsere Mithilfe verzichten will. Hier ist von der SPD eine Chance vertan worden, die ständig plakativ angekündigte Erneuerungswelle auf diesem Gebiet in Gang zu setzen. Hier sollten Sie sich, meine Damen und Herren von der SPD, an Ihren Parteigenossen Horst Ehmke halten, der einmal gesagt hat: "Werbung kann Politik nicht ersetzen."

Wenn Minister Matthiesen im Lande ständig erklärt, daß zur ökologischen Erneuerung der Volkswirtschaft wirksame Steuerungs- und Anreizsysteme entwickelt werden müssen, die mehr als bisher Produzenten und Konsumenten veranlassen, möglichst sparsam mit Rohstoffen und Energie umzugehen und dabei gleichzeitig die Umwelt zu schonen, dann müßte er, falls er es ernst meint, unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt ein chinesisches Sprichwort: Es ist nicht schwer, zu wissen, wie man es macht, es ist nur schwer, es zu machen.

(Nagel (CDU): Sehr gut!)

Ich kann es auch anders ausdrücken: Große Worte können Entscheidungen nicht ersetzen. (C)

(Zustimmung bei der CDU)

In anderen CDU- oder CSU-geführten Bundesländern hat man die Wichtigkeit dieses Anliegens längst erkannt und fördert entsprechende Projekte. Wir in Nordrhein-Westfalen hinken wieder einmal hinterher.

(Nagel (CDU): Wie immer!)

Die CDU hat sich seit längerem mit diesem Thema beschäftigt und hat bereits vor vier Jahren in einer Großen Anfrage die Meinung der Landesregierung erkundet.

(Riscop (CDU): Dabei ist aber nichts herausgekommen!)

Die zweite Säule des Industriepflanzenanbaus ist ohne jeden Zweifel die rohstoffpolitische. Ich habe eingangs bereits etwas zur momentanen Situation auf dem Ölmarkt gesagt. Ähnliches gilt für den gesamten Rohstoffmarkt.

Ich wiederhole: Als rohstoffarmes Industrieland haben wir auch heute allen Anlaß, den hohen Grad der Abhängigkeit abzubauen. Dies ist nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt des wachsenden Bedarfs an Industriegrundstoffen zu sehen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind nicht so vermessen, zu glauben, daß wir in diesem Bereich kurzfristig Riesiges bewirken und bewegen können. Dies ist eine langfristige Perspektive, die weder mit Wahldaten noch mit parteitaktischen Zielen zu tun hat. (D)

(Nagel (CDU): Eben!)

Diese Äußerung gilt auch für die dritte Säule: die agrarpolitische. Wir wissen, die Schwierigkeiten im agrarpolitischen Bereich sind nicht von heute auf morgen entstanden und deshalb auch nicht von heute auf morgen zu beseitigen. Hier hilft nur ein ganzes Maßnahmenbündel.

Unser Antrag ist nur ein Mosaiksteinchen im Bild einer zukünftigen Perspektive für die bäuerliche Landwirtschaft. Das Land sollte Überlegungen anstellen, Erzeugergemeinschaften zu unterstützen, um auch klein- und mittelbäuerlichen Betrieben den Einstieg in den Industriepflanzenanbau zu ermöglichen. Dadurch könnte die Strukturentwicklung der Betriebe beruhigt werden, nicht zuletzt zugunsten des Landschaftsbildes.

(Kruse (CDU))

- (A) Wer die Kosten des Industriepflanzenanbaus mit dem Ölpreis von heute vergleicht und behauptet, das Ganze sei Unsinn, hat den Hintergrund unseres Antrags nicht verstanden. Es ist dies keine tagespolitische Entscheidung. Es kommt darauf an, unter Berücksichtigung des gegenwärtigen und zukünftig möglichen Standes der Produktionstechnik für die einzelnen Bereiche der nachwachsenden Rohstoffe flexible, dem Stand der Entwicklung angepaßte Förderungskonzepte zu entwickeln, die dem Landwirt ein angepaßtes Einkommen sichern und der Industrie ein dem Weltmarkt angepaßtes Rohstoffangebot garantieren und gleichzeitig dem Umweltschutz Rechnung tragen.

Der Bund, meine Damen und Herren - und das ist gerade in diesen Tagen sehr deutlich geworden -, wird seine Aktivitäten hier noch verstärken. Auch das Land Nordrhein-Westfalen ist hier gefordert. Es ist deshalb an der Zeit, daß Sie, Herr Minister Matthiesen, Ihre bisher ablehnende Haltung korrigieren und Ihren ansonsten großen Einfluß in der SPD-Fraktion einmal nutzen, eine Meinungsänderung herbeizuführen.

(Beifall bei der CDU)

Als Neuling in diesem Hohen Hause sage ich Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD - leider sind im Moment nicht mehr viele da -: Ich bin überrascht und enttäuscht, wie stockkonservativ Sie häufig in Ihren Ansichten sind.

(B)

(Nagel CDU: Sehr gut! - Beifall bei der CDU)

Ich schließe: Wer nicht von überkommenen Denkschemen abweicht, kann keine neuen Antworten geben!

(Elfring CDU: Sehr gut! - Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat Herr Abg. Gorlas das Wort.

Gorlas (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Anträge, die die CDU-Fraktion bei dieser Haushaltsberatung gestellt hat, nach ihrer Quantität bemißt, dann fällt als erstes ein Antrag zum Bereich der Gewässerunterhaltung mit der Größenordnung von 20 Millionen DM auf, der allerdings in der Sache überhaupt nichts aussagt, weil hier nur etwas aus einer Position in eine andere Position des Haushalts, eigentlich für den gleichen Zweck, verlagert werden soll.

- (C) Der zweite Antrag beschäftigt sich mit der Quantität von 10 Millionen DM. Die CDU-Fraktion hat beantragt, 10 Millionen DM für ein landeseigenes Ergänzungsprogramm zum Milchquotenaufkauf - wie das so schön heißt - bereitzustellen. Da stellt sich für mich die Frage, wozu man eigentlich aus der Opposition heraus ein Landesergänzungsprogramm fordert, wenn man doch auf der primär eigentlich zuständigen staatlichen Ebene, nämlich in Bonn, nicht nur den Landwirtschaftsminister, sondern sogar den Bundeskanzler stellt.

Ich glaube - nicht nur die Wahlergebnisse, die letzten und das vom letzten Sonntag, lassen das vermuten -, auch Sie bekunden mit Ihrem Antrag, daß es mit der Landwirtschaftspolitik von CDU/CSU in Bonn wohl nicht weit her sein kann, wenn Sie Ergänzungen dieser Politik vom Land für dringend erforderlich halten.

(Zurufe von der CDU)

Ich muß doch einmal auf folgendes hinweisen: man vergißt leicht, daß es der Landwirtschaftsminister Kiechle war, der mit viel Energie die einzelbetriebliche Milchquote damals durchgesetzt hat. Ich darf daran erinnern, daß wir Sozialdemokraten damals dafür waren, vorübergehend eine differenzierte Mitverantwortungsabgabe einzuführen,

(Nagel (CDU): Warum habt Ihr das nicht gemacht?)

(D)

um die Erzeuger an den Kosten der Überschußverwertung zu beteiligen.

Die Agrarüberschüsse der Europäischen Gemeinschaft, meine Damen und Herren, mit ihren gigantischen Kosten sind in der Tat ein Skandal. Riesige Mengen zum großen Teil unverkäuflicher Überschüsse verstopfen die Märkte: 20 Millionen t allein an Getreide, 1,2 Millionen t an Butter und 0,8 Millionen t an Rindfleisch - um nur einige zu nennen. Jährlich müssen 45 Milliarden DM für die Marktordnungen und insbesondere für den verbilligten Absatz der Produkte aufgewendet werden. Dennoch sind die Einkommen, insbesondere der deutschen Landwirte, rückläufig.

Die enormen Agrarkosten, etwa zwei Drittel des gesamten EG-Haushalts, behindern den notwendigen Ausbau der Gemeinschaft in anderen wichtigen Bereichen, zum Beispiel in der Sozial- oder auch in der Regionalpolitik. In der Bundesrepublik werden von Brüssel für die Marktordnungsbereiche etwa 9 Milliarden DM aufgewendet. Aus dem Bundeshaushalt kommen dann noch einmal 6 Milliarden DM

(Gorlas (SPD))

- (A) und von den Ländern noch einmal 2 Milliarden DM hinzu. Wenn man dazu noch die 2,5 Milliarden DM an Steuerverzicht aufgrund der Vorsteuerpauschale-Anhebung in diesem Jahr und die 1,4 Milliarden DM an Subventionen, wie sie im Bericht des Bundesfinanzministers stehen, addiert, kommt man auf Gesamtausgaben von 21 Milliarden DM im Jahr.

(Zuruf des Abg. Neuhaus (CDU))

Die Nettowertschöpfung der gesamten deutschen Landwirtschaft, Herr Kollege Neuhaus, betrug nach dem letzten Agrarbericht, den Sie natürlich gelesen haben, nur 17,8 Milliarden DM. Wenn man das noch einmal umrechnet, entfällt, statistisch gesehen, auf jeden landwirtschaftlichen Betrieb eine Förderung von 29 000 DM, und rechnet man es auf die Vollerwerbsbetriebe um, eine Förderung von 57 000 DM. Die Kosten der EG-Agrarpolitik sind von 1981 bis 1985 um 80 % gestiegen.

Fazit, meine Damen und Herren, diese Agrarpolitik ist unbezahlbar geworden. Sie mag vielleicht irgendwann einmal bezahlbar gewesen sein; sie ist jetzt unbezahlbar geworden, und eine Kurskorrektur in der Agrarpolitik ist schlicht und einfach unumgänglich.

- (B) Das Ziel der Einkommenssicherung der Landwirte ist über Preis und Menge nicht mehr erreichbar. Diese EG-Kommission hat ja durch Vorlage des Grünbuches im letzten Sommer die Reformdiskussion eröffnet. Kernthese des ursprünglichen Konzeptes war doch: Die auf ständigen Produktionszuwachs ausgerichtete EG-Agrarpolitik hat versagt. Und vor allem: Die Preispolitik - so wurde doch gesagt, und so kann man es nachlesen - muß stärker marktwirtschaftlich ausgerichtet werden, um die Überschüsse und die Kosten zurückzufahren. Die Einkommenssicherung der Bauern muß durch eine Kombination von mehr marktorientierenden Stützungspreisen und, soweit notwendig, direkten produktionsneutralen Einkommenshilfen erfolgen. Damit könnten dann auch vor allem die Leistungen der Landwirte für die Umwelt abgegolten werden. - Dieses Konzept hat damals, vor einem halben Jahr, große Zustimmung gefunden.

Die Sozialdemokraten haben diese Linie im Grundsatz bereits 1980 in einer Entschließung des Parteivorstandes nach Vorlage eines Berichts der sogenannten Apel-Kommission festgelegt und im Herbst des vergangenen Jahres konkretisiert. Die F.D.P. zum Beispiel hat eine ähnliche Position im November des vergangenen Jahres bezogen. Jetzt frage ich mich: Was ist mit der CDU?

- (C) Immerhin hat der Bundesrat im Dezember des vergangenen Jahres - ich glaube, am 20., Herr Minister - einstimmig, also auch mit den Stimmen der CDU- und CSU-regierten Länder, zu diesem Themenbereich einen Beschluß gefaßt, der in etwa dieser Linie entspricht. Er hat also dieses Reformkonzept unterstützt.

Inzwischen aber zeigt sich - obwohl es erst einige Wochen her ist -, daß die CDU offensichtlich überhaupt kein Konzept, überhaupt keine Konzeption hat: Die kleinbäuerlich strukturierten süddeutschen Länder möchten die Preise senken und setzen auf eine direkte Einkommenshilfe; im Norden will die CDU den Weg einer aktiven Preispolitik, also von Preiserhöhungen, fortsetzen, und Herr Kiechle veröffentlicht ein, wie das heißt, soziales Marktentlastungsprogramm (SMP), mit dem er die landwirtschaftliche Marktproduktion durch Stilllegung ganzer Betriebe vermindern will. Da das Ganze aber nach diesem Kiechle-Vorschlag auf freiwilliger Basis geschehen soll, muß man doch wohl davon ausgehen, daß dann nicht gerade die intensiv genutzten Flächen mit den hohen Erträgen aufgegeben werden, wie es dann ja effektiv wäre, sondern die Betriebe in den Randlagen mit der extensiven Produktion.

Abgesehen davon, daß dieses ganze Programm den früheren Äußerungen von Herrn Kiechle, er möchte möglichst viele Bauern in der Produktion belassen, total widerspricht, müssen wir feststellen, daß dieses Marktentlastungsprogramm zwar unter die Leute gebracht worden ist, aber weder mit Herrn Stoltenberg noch mit Herrn Blüm oder mit Herrn Bangemann - ich meine, allein wegen der Finanzierung - abgesprochen worden ist; ganz im Gegenteil: Von dort kommt Ablehnung. Wahrscheinlich - das ist nicht schwer zu erraten - dient dies alles nur Wahlkampfzwecken, um den bäuerlichen Wählern einen Lösungsansatz vorzugaukeln, der in Wirklichkeit gar kein Lösungsansatz ist.

(Neuhaus (CDU): Sie bringen doch überhaupt nichts!)

Gestern konnten wir in der Zeitung lesen, Herr Kiechle wollte 1 Milliarde DM für die Bauern springen lassen; heute lesen wir in der Zeitung ein Dementi: Davon könnte so nicht die Rede sein. Dieses Hickhack ist kein Ringen um den richtigen Weg für eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Landwirtschaftspolitik; es ist - und das sagen fast alle Kommentatoren; das können Sie nachlesen - nichts anderes als Bauernfängerei: Bauernstimmen für anstehende Wahlen zu fangen, ohne den zahlreichen Landwirten, die schon seit Jahren von der Substanz leben, überhaupt eine Perspektive aufzuzeigen.

(Zustimmung bei der SPD)

(Gorlas (SPD))

- (A) Dann kommt noch der Herr Albrecht - komischerweise genau einen Tag nach der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein - mit dem Bericht einer Kommission und fordert höhere Preise. Das klingt natürlich für niedersächsische Bauern - vor der Landtagswahl - gut und sehr erfreulich und ist wahrscheinlich ebenfalls nichts anderes als Bauernfängerei.

Wie sind die Realitäten? Die EG-Kommission - das wissen Sie alle - will die Preise für Milch, Getreide, Zucker und alle Fleischwaren einfrieren, 40 Millionen ECU sollen eingespart werden. Die Agrarminister werden sich in ihrer nächsten Sitzung mit ziemlicher Sicherheit - darauf gehe ich jede Wette ein - nicht einigen, und Herr Kiechle - da wette ich noch höher - wird sich mit seiner Vorstellung überhaupt nicht durchsetzen. Dann sind demnächst die Parlamentswahlen in Frankreich; da passiert also auch nichts. Und dann wird der Europäische Rat entscheiden müssen, und der tagt am 26. Juni - das ist nach der niedersächsischen Landtagswahl; dann sehen die Verhältnisse anders aus, und dann werden die Bauern sehen, was von Brüssel kommt und was Kiechle da getan hat.

- (B) Meine Damen und Herren! Mit einer fast gläubigen Erwartung sieht die CDU auf eine Erwerbsmöglichkeit - und der Kollege Kruse hat vorhin hier ein Beispiel dafür geliefert -, die sie unter dem Titel "nachwachsende Rohstoffe" unter das Volk zu bringen versucht. Auch in diesen Haushaltsberatungen haben wir hierzu einen Antrag mit der Zweckbestimmung "Forschung für die Entwicklung industriell nutzbarer landwirtschaftlicher Erzeugnisse".

Es ist unbestritten, daß zahlreiche landwirtschaftliche Produkte industriell genutzt werden können und auch schon industriell genutzt werden. Es ist ebenso unbestritten, daß unsere Industrie hier Forschung treibt und daß Forschung hier notwendig ist. Allein der Bund stellt hierfür 100 Millionen DM zur Verfügung. Es ist sicher nicht unbedingt das Wahre, wenn auf zwei, drei staatlichen Ebenen das gleiche geforscht wird.

Aber es geht Ihnen meines Erachtens hier gar nicht um die Forschung. Gemeint ist in Wirklichkeit - um das konkret zu nennen - die Gewinnung von Äthanol, von Äthylalkohol in großem Maßstab aus Getreide oder aus Mais und die anschließende Verwendung als Kraftstoff im Auto. Was Sie da wollen, ist ein großflächiger, die Landschaft und den Boden enorm belastender Maisanbau, eine typische Intensivnutzung, die anschließende Herstellung von Alkohol aus Mais zum Preis von über 2 DM pro Liter und dann das Heruntersubven-

tionieren dieses Kraftstoffs zu Lasten des Steuerzahlers auf den Marktpreis. (C)

(Neuhaus (CDU): Sie müssen einmal zuhören!)

Das ist, meine Kollegen von der CDU, überhaupt keine Landwirtschaftspolitik; das ist volkswirtschaftlicher und ökologischer Wahnsinn. Darin ist überhaupt keine landwirtschaftliche Perspektive enthalten; hier treiben Sie den Teufel mit Beelzebub aus.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Kruse, Sie haben den Ministerpräsidenten vorhin richtig zitiert; er hat Kreativität und Phantasie gefordert. Beides fehlt hier leider.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, muß man auch Ihre Forderung nach einem landeseigenen Ergänzungsprogramm zum Milchquotenverkauf sehen.

Merkwürdigerweise will sich bis auf den Kollegen Jacobs - ich sehe ihn im Augenblick nicht - niemand mehr zu der Vaterschaft der einzelbetrieblichen Milchquote bekennen. Wir müssen doch noch einmal feststellen, es war der Herr Kiechle, es war die CDU/CSU, die der Landwirtschaft dieses Geschenk ohne große Not bereitet hat. Andere EG-Länder haben die weniger dirigistische Form, zum Beispiel der Molkereiquote, gewählt, und die Rechtsgrundlagen, das wissen Sie zumindest seit der letzten Ausschusssitzung sicher, sind ausschließlich EG-Verordnungen und bundesrechtliche Vorschriften. Die Länder haben lediglich die Aufgabe, die Härtefallregelung zu exekutieren, und sonst gar nichts. (D)

Die Länder, und hier vor allen Dingen die Landwirtschaftskammern, erhalten dafür von den Landwirten die Prügel für diese zweifelhafte Methode der Mengenminderung. 12 775 Anträge auf Ausstellung einer Härtefallbescheinigung wurden gestellt. 3851 Anträge mußten bisher abgelehnt werden, und das führte zu 2380 Widersprüchen und zu 217 Klagen.

Die Quotenregelung mit ihren Ungerechtigkeiten hat - jeder von Ihnen kennt inzwischen plastische Beispiele - zu Verbitterung und Streit in den Dörfern geführt. Unter diesem Druck hat der Bund Anfang 1985 den Ländern zusätzliche Milchquoten zum Abbau der echten Härtefälle zugeteilt. Nordrhein-Westfalen erhielt 6520 Tonnen, bei einem tatsächlichen Bedarf von mehr als 30 000 Tonnen. Diese zusätzlichen Quoten wurden ausschließlich in benachteiligte Gebiete vergeben, an Land-

(Gorlas (SPD))

- (A) wirte, die praktisch keine Alternative zur Milcherzeugung haben. Herr Kollege Knipschild, wenn Sie schreiben, die Landwirte im Sauerland werden von den zugesagten Milchquoten des Landes kaum etwas zu sehen bekommen, dann ist das schlicht und einfach falsch.

Genau in diese Bereiche gehen die nach dieser sogenannten Generalklausel 1 herausgegebenen Milchquoten.

Von den 1852 Antragstellern erfüllten überhaupt erst 958 die Antragskriterien, 890 mußten wegen fehlender Kriterien abgelehnt werden. Das führte wieder zu 279 Verwaltungsstreitverfahren.

In einer weiteren Aktion hat Nordrhein-Westfalen noch einmal 20 109 Tonnen erhalten, was immer noch nicht alle Härtefälle abdeckt. Inzwischen ist die Milchquote der Bundesrepublik um 1,1 Millionen überschritten worden, und hierzu muß man wieder nach Brüssel 500 Millionen an Strafe zahlen, wenn das nicht korrigiert wird.

Um dieses zu vermeiden, führt der Bund Milchrentenaktionen durch, um Milchquoten aufzukaufen. Eine erste Aktion im vergangenen Jahr - hören Sie doch einmal zu, Herr Nagel, da können Sie etwas lernen - kostete 1 Milliarde DM, verteilt auf 10 Jahre. Um eine Kürzung der einzelbetrieblichen Quoten in allen milchviehhaltenden Betrieben zu vermeiden, hat der Bund eine zweite Milchrentenaktion beschlossen. Die Hälfte der von den aufgabewilligen Milcherzeugern angebotenen Quoten erhält der Bund, die andere Hälfte das Land. Für die 14 570 Tonnen liegen Anträge vor. Die Hälfte erhält das Land. Von diesen sind bereits 4221 Tonnen bewilligt mit einem Finanzaufwand von 3 Millionen DM, wenn Sie das interessiert. Für die noch vorliegenden Anträge werden 2,1 Millionen Landesmittel benötigt, und für die noch zu erwartenden Anträge reichen die im Haushalt vorgesehenen Mittel aus. Der Antragseingang ist in allen Bundesländern sehr gering. Unter den vorgegebenen Kriterien ist eine Aufstockung des Etats überhaupt nicht erforderlich.

Die freigesetzten Milchquoten sind für hauptberufliche Landwirte vorgesehen, deren Betriebe in bestimmten naturschutzwürdigen Gebieten liegen. Hier lassen sich in sinnvoller Weise die Sicherung der landwirtschaftlichen Existenz mit den Belangen des Naturschutzes verbinden.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Gorlas, ich möchte Sie auf das Ende Ihrer Redezeit aufmerksam machen.

Gorlas (SPD): Ich werde mich bemühen, Herr Präsident. Danke. - Der Forderung der CDU, über ein Landesergänzungsprogramm das Nichtfunktionieren und die Ungerechtigkeiten der Milchquotenregelungen zu übertünchen, können wir nicht entsprechen. Diese Forderung erweckt Erwartungen, die kein Land erfüllen kann. Sie lenkt ab von der Unfähigkeit der Bundesregierung, eine Politik auch nur zu formulieren, die für die Landwirte und ihre Familien überhaupt eine Perspektive bietet. Eine aktive Preispolitik wird am Markt und an den Realitäten in Brüssel scheitern.

Nun wird einerseits vom Land erwartet, Reparaturbetrieb für die verfehlte Agrarpolitik zu sein, in Brüssel und in Bonn. Für Bonn kommt man dann mit der Entschuldigung, es sei kein nationaler Spielraum da. Es ist durchaus nationaler Spielraum da. Ich darf nur an die Möglichkeit der Vorsteuerpauschale erinnern, die man auch ganz anders hätte durchführen können, als es geschieht, um intensive Nutzung und Großbauern weiter zu unterstützen. Am Beispiel der USA kann man ablesen, daß selbst bei einer 10fach größeren Landausstattung eine Agrarkrise unbekannten Ausmaßes zu beobachten ist.

Für uns, meine Damen und Herren, kann es eigentlich nur eine Lösung geben: eine sozial gesicherte und ökologisch verträgliche Landwirtschaft, die den gesellschaftlichen Erfordernissen gerecht wird, mit den Zielen Gleichgewicht am Markt und Gleichgewicht im Naturhaushalt. Das ist zu erreichen und ist auch zu finanzieren, wenn wir zu einer kombinierten Einkommenspolitik kommen aus marktorientierten Preisen und produktionsneutralen Einkommensbeihilfen, orientiert an den umweltpolitischen Leistungen der Landwirte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Neuhaus für die CDU-Fraktion.

Neuhaus (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob ich nach dem Vortrag des Herrn Gorlas lachen oder heulen soll; denn das habe ich bis jetzt noch nicht gehört, daß die SPD uns weismachen will, daß wir die Überschüsse in der EG erst seit zwei Jahren haben. Seit dem Amtsantritt dieser Bundesregierung sollen die Überschüsse da sein. Herr Kollege Gorlas, machen Sie sich nicht lächerlich, und stellen Sie diese Märchenerzählerei ein.

(Beifall bei der CDU)

Ich will zugeben, daß wir in der Agrarpolitik insbesondere auf der europäischen Ebene

(Neuhaus (CDU))

- (A) einiges Entscheidende tun müssen. Darüber sind wir uns einig. Aber, meine Damen und Herren, in der Bewertung, wer uns das aufgeladen hat, daß wir mit so vielen Überschüssen leben und die finanziellen Mittel bereitstellen müssen, darüber sind wir uns einig; das waren Sie. Das war die SPD-geführte Bundesregierung, die 13 Jahre lang in Bonn und 20 Jahre hier in Düsseldorf regiert hat.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollen jetzt herkommen und alles dem Minister Kiechle in die Schuhe schieben. So leicht geht es nicht!

(Zuruf von der CDU: Ertl!)

Das kann ich Ihnen hier versichern: die Auseinandersetzungen hierüber werden schärfer werden, wenn Sie weiterhin dieses Kunststück vollziehen wollen, um die Öffentlichkeit irrezuführen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe hier festzustellen, daß Sie neben der Kritik an dieser Bundesregierung, die 20 Milliarden DM bereitgestellt hat - Sie haben dieses erfreulicherweise gesagt, was diese Bundesregierung in den paar Jahren getan hat -, selber nicht bereit sind, konstruktiv hier mitzutun. Sie wollen sich aus der Verantwortung für die Agrarpolitik dieses Landes stehlen. Aus dieser Verantwortung lassen wir Sie nicht heraus.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Ich kündige Ihnen an, daß wir zur Mitte dieses Jahres eine Agrardebatte in diesem Hause führen werden.

Abschließend darf ich Ihnen einen Beweis vorführen. Ich habe hier das "Nordrhein-Westfalen-Programm" vorliegen. Meine sehr verehrten Kollegen von der SPD, die Sie sich als Hüter der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe aufspielen, ich will Ihnen einmal etwas vorlesen. Herr Minister Matthiesen, das sollten Sie auch einmal lesen und sonst nicht immer "voll in die Soße hauen".

Langfristiges Ziel der SPD-Politik ist die Verbesserung der Einkommens- und Lebensbedingungen der landwirtschaftlich Erwerbstätigen.

Darin stimmen wir überein. Aber wie wollen Sie das denn schaffen? Von kleinbäuerlichen Betrieben steht hier nichts, sondern:

Schaffung ausreichend großer Betriebseinheiten, die die Anwendung neuzeitlicher Produktionstechniken gestatten und langfristig rentabel bewirtschaftet werden können.

(C)

Meine Damen und Herren, das ist der Hundert-Hektar-Betrieb des Herrn Mansholt. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Aufgrund dieser Basis haben Sie Agrarpolitik in Bonn, in Brüssel und hier im Lande betrieben.

(Elfring (CDU): Und da wollen sie jetzt aussteigen!)

Jetzt zu unserem Antrag zu Kapitel 10 030! Herr Präsident, ich muß das hier so sagen: Wenn man den Entwurf des Einzelplans genauer unter die Lupe nimmt, dann zeigt sich schnell, daß der Einzelplan 10 der Wahlkampflinie des Spitzenkandidaten der SPD dienen soll. So hat zum Beispiel der Umweltminister rechtzeitig vor dem Wahlkampf sich eine Stabsabteilung mit zusätzlich sechs Personen zugelegt.

(Minister Matthiesen: Viel mehr, Sie sind nicht im Bilde!)

- Dann ist es noch viel schlimmer. Statt dieser Stabsabteilung, mit der wir nicht viel anfangen können, wollen wir lieber Stellen für den Umweltschutz und in der Forstwirtschaft schaffen. Wir meinen, da wären sie sinnvoller angebracht.

(D)

Ich nenne Ihnen ein anderes Beispiel. Im Rahmen der Naturschutzpolitik erhöht die Landesregierung den Ansatz für Grunderwerb von 8 Millionen DM auf 42,8 Millionen DM.

(Minister Matthiesen: Das hilft den Landwirten!)

Das ist mehr als das Fünffache. Solche Etatsprünge haben mit einer vorsichtigen und kontinuierlichen Grunderwerbspolitik des Landes nicht viel zu tun.

(Zuruf von der SPD)

Diese Ausgabensteigerungen können nur vor dem Hintergrund des auf uns zukommenden Bundestagswahlkampfes richtig bewertet werden. Mit solchen und anderen Ansätzen will der Umweltminister seinen Spezialauftrag, den er übernommen hat, die anständigen Bauern unseres Landes von der Wahlurne abzuhalten, durchsetzen. Das will er damit erreichen.

(Lachen bei der SPD)

(Neuhaus (CDU))

- (A) In dieses Bild paßt auch, daß die Landesregierung im Einzelplan 10 jede eigene agrarpolitische oder agrarsoziale Initiative des Landes vermissen läßt, wie das zum Beispiel aus dem Bereich der benachteiligten Regionen zu sehen ist.

Sie wollen die Förderung insbesondere im Bereich der Feuchtwiesenprogramme verwirklichen. Wir wollen etwas anderes. Die Initiativen unserer Fraktion zum Haushaltsplan 1986 sehen vor, daß aus sozial- und regionalpolitischen Gründen und als besondere Initiative und Verantwortung unseres Landes ein landeseigenes Ergänzungsprogramm "Milchquotenaufkauf" aufzulegen ist, das nicht nur den Zielen der Naturschutzpolitik dienen soll, sondern vor allen Dingen auch den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben soll und muß geholfen werden, wenn ihnen zur Milchwirtschaft keine Alternative bleibt.

Dabei ist es für uns von entscheidender Bedeutung, daß es bei der Vergabe von zusätzlichen Referenzmengen keine Lieblingsskinder der Landesregierung gibt und geben soll. So war ursprünglich in dem SPD-Antrag zum Haushalt 85 vorgesehen, Milchquoten nur in die Naturschutzgebiete zu geben. Nun gab es gegen diese Ungerechtigkeit Proteste, auch seitens der CDU-Fraktion. Der Minister ist formaljuristisch weich geworden. Er hat daraufhin später die Richtlinien vom 4.12.1985 geändert. Danach ist der Empfängerkreis für die immerhin vom Land getätigten Milchaufkaufquoten auch auf die benachteiligten Gebiete ausgedehnt worden. Die CDU-Fraktion begrüßt, Herr Minister - ich kann Ihnen auch einmal etwas Gutes sagen -, daß die Richtlinien geändert worden sind. Sie bejaht im übrigen auch, wie es den Herren von der SPD bekannt ist, den Einsatz von 5 Millionen DM des Landes, um die Milchwirtschaft in Naturschutzgebieten zu sichern.

(B)

Nur, mit Agrarpolitik hat das herzlich wenig zu tun. Auch wenn der Minister in der Öffentlichkeit einen anderen Eindruck erwecken möchte, die Praxis sieht draußen, von einigen Alibi-Kühen abgesehen, anders aus.

In der bekanntlich nichtöffentlichen Sitzung des Ernährungsausschusses am 27. Februar 1986, also vor einigen Tagen, hat das Ministerium, haben Sie, Herr Minister, diese ungerechte Praxis noch einmal bestätigt. Danach wollen Sie zunächst die Milchquoten in Feuchtgebieten. Wenn dort alles geregelt ist, soll ein verschwindend geringer Teil den von der Natur benachteiligten Gebieten zugute kommen. Sie sollten dies dann aber auch in der Öffentlichkeit als Naturschutzpolitik und nicht als Agrarpolitik verkaufen.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen fragen wir den Minister nach seinen vollmundigen Versprechungen. Ich könnte an dieser Stelle eine Vielzahl von Zeitungsberichten vorweisen. Darauf will ich jetzt verzichten, weil ich einen besseren Beleg für diese Politik nicht eingehaltener Versprechungen vorliegen habe. Herr Minister, ich darf einmal aus Ihrem Schreiben an den Landrat und den Oberkreisdirektor des Hochsauerlandkreises vom 6. Juni 1985 zitieren - das kann ich Ihnen nicht ersparen -, wonach Sie Landwirten mit bis zu 14 Kühen zusätzliche Milchquoten zur Aufstockung auf die vor Einführung der Quotenregelung erzielte Milchmenge zur Verfügung stellen wollen. - Ich habe das so abgeschrieben; wenn es etwas krumm lautet, dann ist das die Wortwahl in dem Brief. Es heißt darin weiter:

Die Landesregierung wird ihren, wenn auch eingeschränkten landespolitischen Spielraum nutzen und mit ihren Möglichkeiten in der Agrarpolitik für sozial gerechte und umweltverträgliche Problemlösungen sorgen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß das ein ausreichender Beweis für die hohen Erwartungen ist, die Sie in den Höhengebieten unseres Landes seit über einem Jahr ständig wecken. Immer wieder haben Sie die Vergabe von zusätzlichen Milchquoten an existenzbedrohte Landwirte versprochen.

Was tun Sie im Ausschuß, wenn der Landwirt nicht mithören kann? Sie stellen lapidar die absolute Priorität der Feuchtwiesengebiete fest. Damit zerstören Sie aber viele Hoffnungen. Sie enttäuschen manche Erwartungen, die Sie selbst permanent gepflegt haben, auf einen Schlag. Ich meine, das haben unsere Landwirte nicht verdient.

(D)

Damit hier kein falscher Zungenschlag entsteht, will ich noch einmal betonen, daß die CDU-Fraktion für Referenzmengen zuweisungen an Bauern in Naturschutzgebieten voll einsteht. Nur, für die Sicherung vieler hundert bäuerlicher Familienbetriebe müssen in einem 56-Milliarden-Haushalt auch noch ein paar Mark zur Verfügung gestellt werden. Die Untätigkeit der Landesregierung gefährdet vor dem Hintergrund ihrer eigenen Versprechungen die Glaubwürdigkeit der Landesagrarpolitik. Wir hoffen, daß die Bauern sich das merken.

Aus diesen Gründen kann ich Ihnen nur empfehlen, unseren Anträgen zum Einzelplan 10 zu folgen, insbesondere unserem Antrag zum zusätzlichen Ankauf weiterer Referenzmengen im Umfang von 10 Millionen DM. Das soll dazu dienen,

(Neuhaus (CDU))

- (A) 1. besonders betroffenen sozialen Härtefällen in ländlich benachteiligten Gebieten, die außer Milchwirtschaft keine landwirtschaftlichen Alternativenzulassen, zu helfen;
2. jungen Landwirten, die zur langfristigen Existenzsicherung zusätzliche Milchquoten benötigen, eine Perspektive zu geben;
3. gleichzeitig die von der Landesregierung vorgesehenen 5 Millionen DM auf den Zweck der Sicherung milchwirtschaftlicher Produktion in Feuchtgebieten zu begrenzen.

An dieser Stelle möchte ich gleich mit einem Ammenmärchen aufräumen, das von der Landesregierung gestreut wird, wonach der Bedarf an zusätzlichen Referenzmengen über die von der Landesregierung vorgesehenen 5 Millionen nicht hinausginge. Der Minister hat im Ernährungsausschuß im Februar selbst festgestellt, daß ein Antragsvolumen von 14,7 Millionen Kilogramm Milch zur Zeit vorliegt. Da der Bund 50 % dieses Antragsvolumens übernimmt, hat das Land immer noch 7,35 Millionen Kilogramm - Stand: Anfang Februar 1986 - selbst zu finanzieren.

Auf den Kilopreis umgerechnet, bedeutet das, meine Damen und Herren, daß schon jetzt der Antragsbestand die im Etat vorgesehenen Mittel erheblich übersteigt.

(B) (Gorlas (SPD): Das stimmt ja nicht!)

Zudem hat der Minister in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage von Herrn Knipschild und mir zugegeben - ich darf aus dieser Anfrage zitieren, Herr Präsident -:

Allerdings ist ein verstärktes Interesse am Verkauf von Milchquoten nach den Erfahrungen mit der ersten Milchrentenaktion des Bundes im I. Quartal 1986 nach Verbrauch der Winterfuttermittel zu erwarten.

Der Minister hat dann zwar im Ausschuß auf unsere bohrenden Fragen erklärt, wenn wider Erwarten die Antragstellung höher sei als die bereitgestellten Haushaltsmittel, dann könnte dies durch hausinternes Schieben von einer Million gedeckt werden. Abgesehen davon, daß Sie mit einer Million den auf uns zukommenden Antragsbestand nicht werden decken können, möchte ich an dieser Stelle auch einmal auf das eigenartige Finanzgebaren dieses Ressortministers hinweisen. Nach unserer Auffassung ist dies mit einer verantwortlichen Haushaltsführung nicht in Einklang zu bringen.

Schon um der Glaubwürdigkeit willen, meine Damen und Herren, und für unsere Landwirte in Nordrhein-Westfalen möchte ich Sie nochmals nachdrücklich bitten, unserem Antrag und unseren Deckungsvorschlägen Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Es spricht jetzt Herr Abg. Sieg für die SPD-Fraktion; ich erteile ihm das Wort.

Sieg (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Kollege Neuhaus, Sie haben eingangs Ihrer Ausführungen gesagt, Sie wüßten nicht, ob Sie lachen oder weinen sollten, da Sie das alles hier so quäle. Ich kann Ihnen darauf nur erwidern - fassen Sie es humoristisch auf -: Sagen Sie, Sie wären ein armer Parlamentarier vom Rhein und müßten täglich fröhlich sein. Dann können Sie das alles besser ertragen.

(Zurufe von der CDU: Er kommt aus Westfalen!)

Meine Damen und Herren, die von Ihnen wiederholt hier vorgebrachte Behauptung, die SPD habe 13 Jahre regiert - wenn auch nicht allein, sondern, Herr Meyer, wir waren damals ja in einem Boot, d. h. nicht nur wir beiden, was wir ja menschlich noch heute sind, sondern unsere Parteien - und wir hätten Ihnen furchtbare Altlasten in der Landwirtschaftspolitik hinterlassen, veranlaßt mich zu der Frage: Was haben Sie denn in den fünf Jahren gemacht, die Sie nun dran sind? Haben Sie denn da zur Bewältigung dieses Problems überhaupt nichts getan? Sie stöhnen immer nur, das alles sei noch eine Erblast aus sozialliberalen Zeiten, aber von dem, was Sie innerhalb von 5 Jahren versäumt haben, reden Sie natürlich nicht.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dann haben Sie hier gesagt, der Herr Minister habe sich einen Stab von sechs Personen zugelegt. Ich weiß nicht, was Sie damit ganz genau gemeint haben. Wenn das der Stab sein sollte, der eingerichtet worden ist, um die Umweltangelegenheiten zu koordinieren, dann hat das herzlich wenig mit Landwirtschaftspolitik zu tun.

Sie haben des weiteren noch Ausführungen zur Milchquote gemacht. Mein Herr Vorredner von der SPD ist schon darauf eingegangen. Ich wollte mich an und für sich auf etwas anderes konzentrieren; falls die Zeit es zuläßt, komme ich zum Schluß noch einmal

(C)

(D)

(Sieg (SPD))

- (A) darauf zurück. Ich glaube, der Herr Minister, der mehr Redezeit hat, ist kompetent genug, auch noch ein Wort dazu zu sagen.

Meine Damen und Herren, ich möchte nach dieser Tour d'horizon in der Landwirtschaftspolitik einmal auf das zurückkommen, was einen Abgeordneten aus dem ländlichen Raum, wie ich es bin, an diesem Agrarstat interessiert sollte. Ich darf zunächst sagen, daß ich sehr froh darüber bin, daß der Agrarstat in diesem Jahr ein Plus von 20,7 % zu verzeichnen hat, und das bei einer schwierigen Haushaltslage. Er steigt von 1,366 Milliarden DM auf 1,65 Milliarden DM; das ist Ihnen ja bekannt. Ich betone das hier deswegen, weil insbesondere Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sonst immer landauf, landab behaupten, diese sozialdemokratische Mehrheitsfraktion hier im Landtag und diese sozialdemokratisch getragene Landesregierung vernachlässige den ländlichen Raum sträflich.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt auch!)

Nur, wenn Sie im Ruhrgebiet auftreten, dann behaupten Sie, wir vernachlässigten die Ballungsräume und wir schoben das ganze Geld woandershin, wahrscheinlich in den ländlichen Raum. Ich unterstreiche nochmals: Der Landwirtschaftset weist in diesem Jahr eine überproportionale Steigerung auf. Dafür sollten alle im ländlichen Raum Lebenden dankbar sein.

- (B) Gestatten Sie mir, hierzu noch einige Einzelheiten anzuführen, auch wenn die Damen und Herren der Opposition das nicht so gerne hören. Besonders hervorzuheben ist die Anhebung der Ausgleichszulage um 6,2 Millionen DM, nämlich von 28,8 Millionen DM im Jahre 1985 auf 35 Millionen DM im Jahre 1986. Nach dem Inkrafttreten der Gülle-Verordnung - danach bin ich oft gefragt worden; hier hat es ja erhebliche Anlaufschwierigkeiten gegeben - wurden 1984 an 2 300 Landwirte Zuschüsse in einer Höhe von insgesamt 16,5 Millionen DM gezahlt. 1985 wurden fast 39 Millionen DM Kassenmittel und 10 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen zugewiesen. Zur Fortführung dieser Maßnahme, die sehr wichtig ist, sind für 1986 nochmals 18 Millionen DM Kassenmittel und 2 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen.

Erwähnenswert ist weiter die Anhebung des Haushaltsansatzes für Abwasser- und Kläranlagen in ländlichen Gebieten um 18 Millionen DM. In diesem Raum besteht ein erheblicher Nachholbedarf. Ich wäre daher sehr dankbar, wenn diese Anhebung beschlossen würde.

In der Titelgruppe 66 wurden 1985 erstmalig Maßnahmen zur ökologischen Verbesserung der Gewässer gefördert. 1986 läuft dieses Programm weiter. Hiermit wurde einem besonderen Wunsch der Menschen des ländlichen Raumes entsprochen. Daß ab 1986 wieder Finanzierungshilfen für die Unterhaltung von Gewässern zweiter Ordnung gezahlt werden, liegt mit Sicherheit - das möchte ich hier ganz dick unterstreichen - ebenfalls im Interesse der Menschen im ländlichen Raum.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abgeordneter Sieg, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Leifert?

(Sieg (SPD): Ja, wenn es unbedingt sein muß.)

- Bitte schön.

Leifert (CDU): Herr Kollege, wie weit werden die Mittel im Titel "Naturnahe Gewässerunterhaltung und Sonstiges", die Sie ja um 6,2 Millionen DM von 42 Millionen DM auf 48,2 Millionen DM gesteigert haben, gekürzt? Wenn Sie, wie geplant, 20 Millionen DM für die naturnahe Gewässerunterhaltung verwenden wollen: Wieviel bleibt dann noch für die Renaturierung, für den Bau von Staubecken, für die Böschungsbepflanzung und deren Unterhaltung gegenüber dem Haushaltsansatz im Jahre 1985?

Sieg (SPD): Herr Kollege, ich fühle mich nicht als Vertreter der Exekutive und behandle hier die einzelnen Titel im Haushalt. Das sind administrative Angelegenheiten, und Sie werden Gelegenheit haben, den Herrn Minister, der nach mir sprechen wird, hierzu zu befragen.

(Abg. Leifert (CDU) meldet sich erneut zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Sieg, lassen Sie noch eine Zwischenfrage zu?

Sieg (SPD): Ich möchte mit meinen Ausführungen gern zum Ende kommen. Ich glaube, ich habe schon ziemlich viel Redezeit verbraucht.

Schließlich sei noch auf die Erhöhung von 34,8 Millionen DM zum Grunderwerb für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege hingewiesen. Ich glaube, daß diese Naturschutzangelegenheiten ebenfalls besondere Bedeutung für den ländlichen Raum haben. Es geht darum, für Biotop- und Artenschutz wichtige Flächen rechtzeitig durch den Staat unter Schutz zu stellen. Die diesbezüglich abweichenden Ansichten der Oppositionsfraktionen haben uns nicht überzeugen können.

(C)

(D)

(Sieg (SPD))

- (A) Meine Damen und Herren, ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß wir aufgrund der sowohl im Grundgesetz als auch in der Landesverfassung verankerten Sozialgebundenheit des Eigentums sicherlich in der Lage wären, viele Naturschutzmaßnahmen ohne Entschädigung durchzuführen. Ich frage Sie jedoch, ob Sie das wollen und ob Sie es für durchsetzbar halten. Wir wollen das nicht, weil wir meinen, die Eigentümer, die durch Naturschutzmaßnahmen Vermögenseinbußen erlitten haben, entschädigen zu müssen. Wir wollen uns dabei nicht auf das letzte Urteil berufen, wonach wir das vielleicht nicht brauchen. Wir wollen keinen Naturschutz gegen die Landwirte und gegen die Leute im ländlichen Raum, sondern wir wollen Naturschutzpolitik mit diesen Leuten, weil wir meinen, daß das gar nicht anders zu machen ist.

(Beifall bei der SPD)

Weiterhin darf ich darauf hinweisen, daß 7,1 Millionen DM für den Ankauf eines Lehr- und Versuchsbetriebes im Rheinland für die umweltverträgliche und standortgerechte Forschung im Bereich der Landwirtschaft bereitgestellt worden sind. Hinzu kommen noch 1,1 Millionen DM für die Erstausrüstung. Auch dazu haben die Oppositionsfraktionen andere Anträge eingebracht, die ich aus Zeitgründen nicht erörtern möchte. Wir meinen, daß gerade diesem Bereich der Landwirtschaftsforschung durch den Ankauf und durch das Überführen dieses Gutes in das Eigentum des Landes in bezug auf langfristige Planungen und langfristige Untersuchungen besonders Rechnung getragen wird; denn auf diesem Gebiet ist ein erhebliches Forschungsdefizit zu verzeichnen.

(B)

Schließlich und endlich möchte ich noch kurz auf die Dorferneuerung eingehen. Die Dorferneuerung, Herr Neuhaus, werden wir beide begrüßen. Dafür sollten uns die veranschlagten Mittel nicht zuviel sein. Zur Sicherung und Entwicklung des ländlichen Raums gehören, wie uns bekannt ist, drei Finanzierungsschwerpunkte der Agrarwirtschaft: Dorferneuerung - Titelgruppe 71 -, Landwirtschaftliche Siedlung - Titelgruppe 78 - und Flurbereinigung - Titelgruppe 61 -. Aus landespolitischen Gründen wird die Flurbereinigung insgesamt zurückgenommen. Wir werden insbesondere die Dorferneuerung weiterhin in den Vordergrund stellen.

Der Haushaltsentwurf 1986 sieht bereits eine Mittelanhebung um 2 Millionen DM auf 10 Millionen DM vor. Nach dem Antrag meiner Fraktion soll noch einmal um 1,5 Millionen DM für Gemeinden und 1,5 Millionen DM für

private Unternehmen aufgestockt werden, so daß dann insgesamt 13 Millionen DM zur Verfügung stehen. (C)

Wir meinen, daß die Dorferneuerung als ein wichtiger Aufgabenbereich unserer Gesellschaft angesehen und begriffen werden muß. Ziel der sozialdemokratischen Initiative ist es, den gestiegenen Erwartungen und der großen Nachfrage der Dorfbewohner, aber auch der Erholungssuchenden aus den Ballungszentren nach beschaulichen Dörfern mit modernen Funktionen für zeitgemäße Bedürfnisse zu entsprechen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch kurz darauf hinweisen, daß die Nachfrage nach Förderung aus Mitteln der Dorferneuerung sehr hoch war und, wie auch die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, zukünftig noch steigen wird. Immer mehr Privatleute stellen Anträge auf Förderung, um ihr Dorf in seinem ursprünglichen Erscheinungsbild zu erhalten. Das trägt nicht unwesentlich - das darf vielleicht auch noch angefügt werden - zur Stabilisierung der Bauwirtschaft im ländlichen Bereich bei.

Meine Damen und Herren, ich glaube, SPD-Landtagsfraktion und Landesregierung haben dem ländlichen Raum durch Setzung dieser Prioritäten im Haushalt 1986 besonders gedient. Deshalb bitte ich Sie, mit uns gemeinsam diese Positionen zu beschließen. Die Sozialdemokraten werden den Etat insgesamt annehmen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Linssen für die CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Sieg, Sie sprechen von einer Haushaltssteigerung in Höhe von 20 %. Dabei müssen Sie sich irgendwo im Schlaraffenland befunden haben. Wir können lediglich eine Haushaltssteigerung von 5,3 % ausmachen, und ich glaube, in dieser Höhe liegt diese tatsächlich auch.

(Widerspruch bei der SPD)

- Natürlich! Sie können doch nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Sie müssen die 95 Millionen DM abziehen, die vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales durch die Verlagerung der Gewerbeaufsicht herübergekommen sind. Selbst wenn Sie die 95 Millionen DM einbeziehen, beträgt die Steigerung nur etwa 11 %. Wir sollten also schon Zahlen

(Dr. Linssen (CDU))

(A) nennen, die der Wirklichkeit entsprechen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung verkündet, daß die ökologische und ökonomische Erneuerung dieses Landes in dieser Legislaturperiode anstehe. Meine Aufgabe wird es sein, etwas zur ökologischen Erneuerung zu sagen und das, was uns der Minister in seiner Vorlage geboten hat, mit dem zu vergleichen, was die SPD-Fraktion durch Veränderungen noch zu diesem "phantastischen" Ergebnis beigetragen hat.

(Minister Matthiesen: Vielen Dank für das Kompliment!)

Die ökologische Erneuerung, die lautstark landauf, landab verkündet wird, ist ein Etikettenschwindel erster Güte.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Ich will versuchen, Ihnen das zu beweisen. Zunächst ist es natürlich ganz apart, wenn ein Ministerpräsident oder ein Minister darzulegen beginnt, daß er sich selbst erneuere; denn die Leute sind 20 Jahre an der Regierung. Wenn Sie jetzt von Erneuerung sprechen, sind Sie die Reformer von sich selbst. Das ist eine ganz interessante Sache.

(Zustimmung und Lachen bei CDU und F.D.P.)

(B) Offensichtlich ist der Schlamassel in diesem Land auch nach Auffassung der SPD-Landesregierung so groß geworden, daß Sie jetzt endgültig zur Erneuerung antreten wollen.

(Elfring (CDU): Das ist wie in China die Kulturrevolution!)

Herr Minister Matthiesen, wir sind uns sicherlich darin einig, wenn wir feststellen, daß wir den Kindern nicht eine verunstaltete oder vergiftete Umwelt überlassen sollen. Das ist sicherlich gemeinsames Gedankengut, auf das wir Politik aufbauen. Nur darf ich Sie daran erinnern, daß man den Kindern auch nicht zerrüttete Finanzen überlassen darf. Das ist ganz genauso Zukunftsvorsorge. Und die Zerrüttung praktizieren Sie in diesem Lande in einem Maße, daß Sie für die ökologische Erneuerung, sofern sie sich in Geld darstellen soll, keinen Pfennig mehr "auf Sack" haben; ich darf das einmal so deutlich sagen.

(Zustimmung bei der CDU)

Der Minister ist in seiner Arbeit bei der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie von

uns sicherlich dann konstruktiv zu begleiten, wenn er diese Gratwanderung verantwortungsvoll und nicht opportunistisch vornimmt. Ich glaube, daß die CDU-Fraktion Ihnen, Herr Minister Matthiesen, in weiten Bereichen dessen, was Sie im letzten Jahr angefangen haben, die Unterstützung sicherlich nicht versagt hat und auch für das vor uns liegende Etatjahr weiterhin zusichern wird. **(C)**

Wir freuen uns, daß offensichtlich auch in der SPD die schlimmsten Zeiten vorüber sind, als man im Grunde genommen jeden Tag zusammen mit den Grünen eine neue umweltpolitische Sünde hochzog und damit Angst und Schrecken im Volk erzeugte.

Wir haben den Eindruck, daß von unserem Antrag aus 1984, als wir über die Gleichrangigkeit von Arbeit, Wirtschaft und Umwelt hier in diesem Landtag gesprochen haben, etwas zu Ihnen durchgedrungen ist. Sie haben ja auch versucht, es durch einen Kongreß "Arbeit und Umwelt" in etwa gleicher Weise darzustellen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, und ich glaube, daß es beiden großen Parteien sehr gut ansteht, auf diesem Wege fortzufahren.

Das Bekenntnis, nicht aus der Industriegesellschaft auszusteigen, sehen wir von der CDU auch in den Worten von Minister Matthiesen immer wieder bestätigt, und der Satz, daß die Industriegesellschaft eine Chance hat, nicht obwohl, sondern weil und soweit sie Umweltschutz betreibt, ist mit Sicherheit richtig. **(D)**

Lassen Sie mich nun zu den finanziellen Aussagen dieses Haushaltes kommen. Die ökologische Erneuerung wird vom Minister mit folgenden Eckpunkten seines Haushalts gefeiert: Für die Altlasten sind statt 5 Millionen DM jetzt 35 Millionen DM mehr angesetzt, für Meßgeräte werden 7 Millionen DM ausgegeben, und für den Naturschutz und die Landschaftspflege - wir haben es vorhin gehört - gibt es ca. 40 Millionen DM in diesem Land. Ansonsten findet die ökologische Erneuerung offensichtlich nur in der Verwaltung statt, nämlich in der Aufbesserung von Stellen bei der Abteilung I C.

Wenn Sie sich einmal angucken, wieviel Prozent des Landeshaushaltes für diese besonderen Schwerpunkte der Landesregierung ausgegeben werden, dann macht das etwa 0,1 % des gesamten Haushaltes aus. Ich glaube, deutlicher kann Etikettenschwindel nicht dargelegt werden - wenn gleichzeitig über 300 Millionen DM für die Kokskohle nur so aus dem Ärmel geschüttelt werden und für die Personalkosten sicherlich hunderte Mil-

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) lionen gefehlt haben, als die Tarifverhandlungen zu Ende gingen. Ich kann also nicht erkennen, inwieweit es dem Minister gelungen ist, in seinem Etat besondere Akzente zu setzen.

Für die Gewerbeaufsicht, eine besondere Achillesferse in unserem Lande, weil sie etwas mit Vollzugsdefiziten in verschiedenen Bereichen der Luft- und Gewässerreinigung zu tun hat, gibt es, sage und schreibe - ich führe das auf unsere Anregung im Ausschuß zurück und bin Ihnen dankbar, daß wenigstens etwas getan worden ist -, acht Stellen mehr. Das sind in diesem Personaletat 0,6 %.

(Wendzinski (SPD): Plus Anwärter!)

- Okay, nehmen wir die Anwärter auch noch dazu; dann kommen wir vielleicht auf 0,8 oder 0,9 %, das sei Ihnen gestattet, Herr Wendzinski.

Man kann natürlich feststellen, daß sich Politik nicht nur in Zahlen ausdrückt, sondern sich in sachlich konzeptioneller Arbeit darstellen muß. Gestatten Sie mir deshalb, daß ich jetzt in der mir zur Verfügung stehenden Zeit versuche, abzuklopfen, was denn auf diesem Sektor von diesem Ministerium geleistet wird.

Minister Matthiesen kommt aus einer Heimat, die meerumschlungen ist, und es scheint so, als wenn ihn jetzt die Probleme dieses Landes völlig verschlungen haben; denn er steht in der Kontinuität einer Landesregierung, die Probleme vor sich hergeschoben hat, die praktisch in diesen Zeitläuften, in denen wir uns befinden, zur Explosion kommen. Ich möchte einige Beispiele nennen.

(B)

Wenn wir uns die Technische Anleitung Luft, die von Bonn - Gott sei Dank - über die Bühne gebracht worden ist, und etwa die Störfallverordnung ansehen, so können wir feststellen, daß in diesem Lande die Umsetzung mit dem Personal, das zur Verfügung steht, nicht gewährleistet werden kann. Herr Minister, ich frage Sie, wie Sie für die Verschärfung der TA Luft in einigen Bereichen - genauso aber auch für Erleichterungen z.B. in mit der Kohle verbundenen Sektoren - in Bonn auftreten konnten, wenn Sie genau wissen, daß Sie im Grunde genommen beim Vollzug dieser TA Luft aufgrund des mangelnden Personals in Nordrhein-Westfalen ungeheure Schwierigkeiten haben werden.

Sie haben Verschärfungen deshalb versucht durchzusetzen, weil Sie gleichzeitig gefordert haben, daß, wenn es wirtschaftlich nicht vertretbar sei, ein finanzieller Ausgleich von

Bonn kommen müßte. Das ist - aus unserer Sicht zu Recht - abgelehnt worden, ohne daß Sie der CDU-Fraktion jetzt wieder attestieren können, sie würde nordrhein-westfälische Belange nicht ausreichend vertreten.

(C)

Ein weiterer Bereich - und ich glaube, das ist sehr schmerzhaft festzustellen - sind die jahrelangen Versäumnisse im Bereich Sondermüll in Nordrhein-Westfalen. Hier ist oder wäre Führungskraft des Ministerpräsidenten in all den vergangenen Jahren gefordert gewesen. Offensichtlich hat er aber nach der Devise gehandelt, die Hans Otto Bäumer in seinem denkwürdigen Interview zum Besten gegeben hat: Er hat Operetten getrallert, wo Marschmusik fällig gewesen wäre!

(Beifall bei der CDU)

Der Notstand, den der Regierungspräsident in Münster bei der PCB-Verwertung ausgesprochen hat, wäre zu vermeiden gewesen, wenn früher reagiert worden wäre. Aber in diesem Lande wird von dieser Regierung offensichtlich, Herr Minister, nach dem Motto verfahren: Laßt uns bis zum Tellerrand der nächsten Wahl sehen, und dann gewinnen wir vielleicht etwas eher die Wahl; aber wir müssen die Bürger draußen nicht mit dem, was im Sondermüllbereich auf Sie zukommt, verschrecken!

(Minister Matthiesen: Mir können Sie Opportunismus nicht vorwerfen!)

Man kann nicht nur die Kuchenseite dieser Industriegesellschaft betrachten und die Augen vor dem verschließen, was an Abfall übrig bleibt. Darum müssen wir uns sehr intensiv kümmern, und ich kann Ihnen, Herr Minister, sagen, daß Sie die CDU-Landtagsfraktion bei den Bemühungen, diese weniger schöne Seite der Industriegesellschaft im Lande zu bewältigen, auf Ihrer Seite finden werden.

(D)

(Wendzinski (SPD): Das wäre lobenswert.)

Aber, meine Damen und Herren von der SPD, ich frage Sie einmal allen Ernstes: Woher kommt der Widerstand in der Bevölkerung? Ich glaube, darüber sollten wir wirklich einmal einen Moment nachdenken. Liegt es nicht auch daran, daß Leute gegenüber modernen Technologien in diesen Bereichen, ob es nun eine Verbrennungsanlage oder eine Mülldeponie oder sonst etwas ist, ungemein skeptisch sind, weil Sie nicht wissen, ob diese Technik das leisten kann, was gefordert wird.

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Dann frage ich Sie, ob wir nicht dazu beigetragen haben - da darf ich gerade Sie von der SPD-Fraktion ansprechen -, daß diese Unsicherheit entstanden ist. Denn wer Kalkar als das "Höllengebiet" bezeichnet, das nicht angezündet werden dürfe, wie z. B. Herr Farthmann,

(Nagel (CDU): Der hat ja keine Ahnung von der Hölle!)

der emotionalisiert und verunsichert eine Bevölkerung gegenüber einer Technik, die sie naturgemäß nicht übersehen kann. Deshalb ist es heute so wahnsinnig schwierig, daß Sie von diesem Pferd herunterkommen. Sie haben in jeder Gemeinde die Begründungszwänge, und ich glaube, daß wir uns wirklich einmal darüber unterhalten sollten, ob nicht vieles Folgen aus dieser Zeit oder aus emotionalisierten Bereichen sind. Ich meine z. B. heute die Erwähnung von Wackersdorf von Herrn Rau. Ich halte es nicht für gut, wenn von Ihnen Angst und Schrecken vor Kernenergieeinrichtungen erzeugt wird. Da genügt es nicht, einmal einen Ingenieurkongreß abzuhalten, Herr Farthmann. Damit bekommen Sie diese Defizite nicht weg.

Ein Wort zum Altlastenbereich. Hier ist, glaube ich, die Konzeptionslosigkeit dieser Regierung bisher am deutlichsten. Herr Minister Matthiesen, ich unterstelle, daß Sie daran arbeiten; aber Sie sind nicht seit gestern in der Regierung, und das Tohuwabohu in diesem Sektor ist kaum noch zu über-treffen. Da wird zunächst gesagt: Die Industrie muß ran, wir verhandeln mit ihr - ohne daß sie Einfluß nehmen konnte. Dann klappt das nicht, und man sagt: Bonn muß ran, Bonn muß das machen.

Inzwischen sind andere Länder, Rheinland-Pfalz und die Südschiene, längst dabei, in Kooperation mit der Industrie diesen Bereich zu bewältigen. Ich fordere Sie, Herr Minister, wirklich allen Ernstes auf, diese Angelegenheit endlich weiterzubetreiben und ein Konzept in Zusammenarbeit mit der Industrie für die Bereiche zu entwickeln, wo Verursacher von Altlasten nicht mehr festzustellen sind. In Frankreich läuft so etwas auch nach dem Modell: Kaufe Zukunft für Vergangenheit, d. h. ich belaste die Sondermülllieferanten mit einer Gebühr und besorge mir dadurch die Finanzmittel, die ich für bestimmte Problembereiche bei den Altlasten brauche. Ich meine, Herr Minister, daß Sie sich diese Anregung zu eigen machen und diese Sache etwas energischer vorantreiben sollten.

Wir haben vorhin von Herrn Sieg das Hohelied zugunsten der ländlichen Räume gehört. Ich

glaube, Herr Minister, Sie werden schon in sehr kurzer Zeit, nämlich bei der Wasserschutzzonengesetzgebung, beweisen können, ob Sie unterhalb der Enteignungsschwelle Entschädigungen vornehmen werden. Wir sind sehr gespannt darauf, ob Sie all die Bemerkungen, die Sie in letzter Zeit in Richtung Bonn gesprochen haben - Stichwort: Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes - dann so realisieren werden, daß Sie das Landeswassergesetz ändern und Entschädigungen vorsehen. Wir werden nicht müde werden, Ihnen da auf die Finger zu klopfen.

(Doppmeyer (CDU): Das ist auch nötig!)

Der Abwasserbereich, der Bereich Landschaftspläne und Lärminderungspläne sind ebenfalls Sektoren, auf denen wir Defizite feststellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion kann dem Bereich Umwelt in diesem Haushalt aus dem ganz einfachen Grunde nicht zustimmen: Wir haben weder finanziell noch personell noch sachlich-konzeptionell etwas vorgefunden, das das Etikett "ökologische Erneuerung" verdient, und an einem Etikettenschwindel möchten wir von der CDU uns nicht sehr gern beteiligen. Wir lehnen deshalb den Haushalt ab.

Sie werden fragen: Warum stellt Ihr keine Anträge? Nach dieser langen Oppositionszeit denken wir nicht mehr daran, uns in das Gefängnis Ihrer roten Zahlen zu begeben. Wir wissen genau, daß unsere Anregungen jetzt seit 20 Jahren ständig mit der Abstimmungs-guillotine niedergestimmt worden sind,

(Beifall bei der F.D.P.)

und wir glauben, daß wir Ihnen auch außerhalb des Haushaltes mit Großen Anfragen, mit Anträgen und mit unseren Beiträgen im Ausschuß sicherlich in der Umweltschutzpolitik für Nordrhein-Westfalen weiter Beine machen werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Frau Friebe: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der SPD spricht jetzt der Herr Abg. Strehl. Bitte sehr!

Strehl (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU hat gestern und heute vier Schwerpunkte herausgestellt und diese durch ihre Anträge auf namentliche Abstimmung noch einmal nach-

(C)

(D)

(Strehl (SPD))

- (A) drücklich unterstrichen. Es fällt auf, nein, es ist bezeichnend, daß hier der Umweltschutz nicht erwähnt worden ist. Dies läßt eigentlich nur zwei Schlüsse zu: Entweder ist der Umweltschutz, Herr Dr. Linssen, für Sie kein Thema, oder Sie halten die umweltpolitischen Leistungen und Perspektiven der Regierung Rau für so überzeugend, daß Ihnen keine Alternativen eingefallen sind.

(Beifall bei der SPD - Wendzinski (SPD): So ist es!)

Für diese zweite Möglichkeit gibt es in der Tat gute Gründe. Nordrhein-Westfalen hat auf allen Feldern des Umweltschutzes eindeutige Vorreiterfunktion.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Altlasten!)

Leistungen und Perspektiven heben sich wohltuend vom Pseudo-Umweltschutz der Bundesregierung ab. Auf Ihre konkreten Vorschläge, Herr Dr. Linssen, habe ich gewartet. Sie haben selbst begründet, warum Sie keine Vorschläge unterbreitet haben.

(Zuruf von der CDU: Dummes Zeug! - Weitere Zurufe von der CDU)

Für uns Sozialdemokraten zählt die Umweltpolitik nach wie vor zu den politischen Schlüsselaufgaben: Sicherung der Umwelt, die ökologische und ökonomische Erneuerung unseres Landes sind und bleiben zentrale Aufgaben unserer Landespolitik.

(B)

Wo liegen nun die Schwerpunkte? Ich will versuchen, einige exemplarisch hier darzustellen. Zunächst ist da die Luftreinhaltung, meine Damen und Herren. Hier muß man noch einmal die ausgesprochen gute und konstruktive Wirkung des Immissionsminderungsplanes herausstellen. Es war schon imponierend, wenn in den letzten Jahren freiwillige Übereinkünfte mit den Energieversorgungsunternehmen abgeschlossen werden konnten. Wenn wir heute feststellen, daß beispielsweise der Schwefeldioxidausstoß bis zum Jahre 1988 um zwei Drittel reduziert werden kann, wenn der Ausstoß von Stickoxiden bis zum Jahre 1990 um drei Viertel reduziert wird,

(Zurufe von der CDU)

dann sind das imponierende Fakten.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen?

Strehl (SPD): Herr Dr. Linssen, Sie haben sicher Verständnis, wenn ich als Neuling zunächst einmal im Zusammenhang ausführen möchte. Beim nächsten Mal haben Sie Gelegenheit, Zwischenfragen zu stellen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Leider, meine Damen und Herren, werden die besten Ansätze immer wieder von der Bundesregierung konterkariert.

(Zurufe von der CDU)

Das Theater um die Technische Anweisung Luft ist hierbei ein geradezu hervorragendes Beispiel. Nichts charakterisiert die Pseudo-Umweltpolitik der Bundesregierung deutlicher als die Abschwächung der Technischen Anweisung Luft in der Bundesratssitzung am 21. Februar 1986.

Festzustellen bleibt: Die im Augenblick verabschiedete Technische Anweisung Luft schöpft den Stand der Technik nicht aus. Sie schafft Unsicherheiten und Schlupflöcher. Sie regelt nicht die Verunreinigungen durch halogenisierte Kohlenwasserstoffe, sie bringt keine Begrenzung der Ammoniakemissionen, und sie arbeitet mit viel zu langen Übergangszeiten.

(Zustimmung bei der SPD)

Dennoch muß natürlich auch diese gerade in Kraft getretene Technische Anweisung Luft vollzogen werden, zum Beispiel durch den Ausbau eines qualifizierten mobilen Meß- und Prüfdienstes und auch durch den Ausbau eines Streifendienstes bei den Gewerbeaufsichtsämtern. Da war es wohltuend, Herr Dr. Linssen, daß Sie gerade - im Gegensatz zur Ausschußsitzung - dargestellt haben, daß Sie mit den zusätzlichen acht Stellen, die wir ja als SPD-Fraktion in der Ausschußsitzung vorgeschlagen haben, sehr wohl einverstanden sind. Damals haben Sie formale Gründe geltend gemacht: Es wäre ja ungewöhnlich, wenn eine parlamentarische Gruppe Vorschläge machen würde, das sei doch offensichtlich Aufgabe des Ministers. Hier haben Sie hingelernt; wir sind Ihnen dafür dankbar.

(D)

(Zurufe von der CDU)

Im Rahmen der ökologischen und ökonomischen Erneuerung unseres Landes kommt der Umweltschutztechnologie große Bedeutung zu. Die landespolitischen Aktivitäten im Rahmen des Programms "Arbeit und Umwelt" dienen sowohl der aktiven Bekämpfung der andauernden Massenarbeitslosigkeit als auch der Sicherung der Ressource Umwelt. Ich nenne hier exem-

(Strehl (SPD))

- (A) plarisch die Maßnahmen im Industrie- und Kraftwerksbereich, die Förderung neuer Umwelttechnologien im Rahmen des Programms "Zukunftstechnologien" und die Entwicklung und Anwendung von Verfahren mit einem möglichst hohen Nutzungsgrad der Einsatzstoffe und Zwischenprodukte. Ziel ist es hierbei, die ganzen Möglichkeiten und Fähigkeiten unserer Industriegesellschaft für mehr Umweltschutz anzubieten, um die eingetretenen Schäden zu beseitigen und um neue zu verhindern.

Besonders dringlich sind hier der Bau von Hochtemperatur-Verbrennungsanlagen für verseuchte Böden und verunreinigte Altöle

(Zurufe von der CDU)

und die Entstickungsanlagen für Kraftwerke.

(Zuruf von der CDU: Ja, Ibbenbüren zum Beispiel!)

Der Entsorgungsdruck gerade im Bereich von kontaminierten Böden ist besonders hoch, meine Damen und Herren. Hier hilft in der Tat - und da sind wir uns nach dem, was Sie, Herr Dr. Linssen, vorhin gesagt haben, offensichtlich einig - eine Sankt-Florians-Politik überhaupt nichts.

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Steinkohle-Vorrangpolitik war immer - und das ist ja heute vormittag bereits beschworen worden, allerdings unter einem anderen, nämlich unter einem wirtschaftlichen Aspekt - unser gemeinsames Ziel. Das Wort von der Kohlefraktion gerade hier in diesem Hohen Hause hat ja immer einen hervorragenden Klang gehabt.

Der Bergbau wandert nun aufgrund der geologischen Bedingungen nach Norden. Dabei werden neue Probleme entstehen. Zum erstenmal seit überhaupt Steinkohle gefördert wird, gibt es nun ein Gesamtkonzept, das die ökologisch planvolle Entwicklung des Bergbaus steuern soll. Hierbei geht es nicht um die Frage "Kohle oder Umwelt?", sondern um die Frage "Kohle und Umwelt".

(Zustimmung bei der SPD)

Der Steinkohlebergbau muß aus energie-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Gründen erhalten bleiben und gesichert werden. Andererseits gilt es, Natur und Landschaft zu schonen und zu schützen. Das Gesamtkonzept schreibt dieses umweltschonende Vorgehen vor und wird Schritt für Schritt verwirklicht werden können.

In den Ausschüßberatungen - es war wohl in der vorletzten Sitzung - haben Sie, Herr Dr. Linssen, folgende Frage gestellt. Ich darf das hier einmal wörtlich zitieren, Frau Präsidentin:

Es sei verständlich, daß die Nordwanderung aus vielerlei Gründen unumgänglich sei, aber es fehle bis jetzt eine klare Begründung.

Lieber Herr Dr. Linssen, für diese Frage fehlt nach meiner Empfindung eine klare Begründung. Die Lagerstätten gehen nun eindeutig nach Norden. Sie geordnet und umweltschonend abzubauen, ist Sinn und Zweck des Konzeptes.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bergassessoren alter Art - und einige der hier im Saal Anwesenden kennen noch Bergassessoren alter Art - würden die Haare zu Berge stehen, wenn Sie feststellen müßten, daß zum Beispiel die Frage von Biotopen, auch kleiner Biotope, daß die Frage von Rastgewohnheiten von Graugänsen mit in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden, wenn es um Standorte geht, und dennoch Entscheidungen möglich werden, wie das Beispiel Rheinberg ja in Kürze zeigen wird.

Wer aus dem Ruhrgebiet kommt, meine Damen und Herren, der weiß, welchen enormen Fortschritt dieses Handlungskonzept der Landesregierung bringt. Wir sind Ihnen, Herr Minister Matthiesen, außerordentlich dankbar, daß Sie die Möglichkeit für eine geordnete Nordwanderung unter Einbeziehung ökologischer Aspekte geschaffen haben.

(Beifall bei der SPD)

Es liegt nun an den Gemeinden, an den Städten, an den Kreisen, am Bezirksplanungsrat - Herr Kruse -, an den Bergämtern, an allen Bürgern eigentlich, gemeinsam zu versuchen, Schritt für Schritt die erforderliche Nordwanderung des Bergbaus zu vollziehen.

In dieser Kontinuität der Landesregierung liegt es auch, daß Leitentscheidungen für den Braunkohlentagebau getroffen werden müssen, und zwar sobald die Entscheidungsgrundlagen hierfür vorhanden sind. Ich darf in diesem Zusammenhang übrigens die Tatsache hervorheben, daß sich die Braunkohle bereit erklärt hat, 55 Millionen Kubikmeter Wasser zusätzlich zum Ausgleich von Beeinträchtigungen des Naturwasserhaushalts zu liefern. Ich glaube, das ist auch ein kleines Stückchen Umweltschutz.

(Strehl (SPD))

- (A) Eine wenige Worte zum Problem der Altlasten; Sie haben es auch schon angesprochen, Herr Dr. Linssen. Die Zahlen stimmten nicht ganz. Sie steigen von 5,7 auf 40 Millionen DM Barmittel und 40 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen. Immerhin, die Tendenz war auf jeden Fall richtig. Wir können, meine Damen und Herren, in Zukunft, beginnend mit 1986, nicht nur Gefahrenabschätzung durchführen; wir können auch schon da, wo wir besonders stark kontaminierte Flächen haben, mit der eigentlichen Sanierung beginnen.

Natürlich müssen auch die Kommunen mit dazu beitragen, wenn es darum geht, solche Flächen zu sanieren. Sie könnten aber, meine Damen und Herren von der CDU, versuchen, auf Ihre Freunde in Bonn einzuwirken, daß es doch noch zu einer bundeseinheitlichen Lösung dieses schwierigen Problems kommt.

(Wendzinski (SPD): Da kann Herr Dr. Linssen sich aktivieren!)

- Ja, das wäre eine wunderbare Aufgabe, die er durchführen könnte.

Meine Damen und Herren, ich komme zu den Sonderabfällen. Eine gesicherte Entsorgungsstruktur für Sonderabfälle ist für ein Industrieland wie die Bundesrepublik und insbesondere auch für Nordrhein-Westfalen unverzichtbar. Vergangene und gegenwärtige Umweltbelastungen durch Zusammensetzung und Menge des Sonderabfalls erfordern für die Zukunft eine Sonderabfallwirtschaft, in der insbesondere zwei Elemente Vorrang haben müssen:

(B)

Erstens. In allen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft müssen Abfälle weitestgehend vermieden werden;

Zweitens. Rohstoffe und Rückstände müssen weitestmöglich sowohl betriebsintern als auch unternehmens- und branchenübergreifend verwertet werden.

Auch hier kommt die Landesregierung mit zahlreichen Maßnahmen und Aktivitäten diesen Überlegungen nach. Ich darf sie Ihnen einmal ganz kurz darstellen, meine Damen und Herren:

Erstens zum Beispiel durch Förderung neuer Technologien zur Abfallvermeidung und Verwertung sowie zur schadlosen Beseitigung von Abfällen;

Zweitens durch Harmonisierung der Qualitätsanforderungen für die Ausstattung und den Betrieb von Sammelstellen und Zwischenlagern;

- (C) Drittens. Standortvorsorge für nötige Abfallbeseitigungsanlagen mit dem Ziel einer Zehn-Jahre-Kapazitätsreserve für alle Bereiche;

Viertens. Vorbereitung und schnelle Durchführung der Genehmigungsverfahren für Sonderabfallbeseitigungsanlagen.

Meine Damen und Herren, auch hier hemmt der Bund die konstruktive Politik der Landesregierung.

(Dr. Linssen (CDU): Was? - Weitere Zurufe von der CDU)

Man muß deshalb an dieser Stelle eindeutig Forderungen erheben, allerdings nicht nur an den Bund, sondern auch an die EC in Brüssel. Diese Forderungen müssen wie folgt lauten:

Rechtliche Verankerung des Vermeidungs- und Verwertungsgebotes bei der anstehenden Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes;

Förderung und Entwicklung des Einsatzes abfallarmer Technologien;

Kennzeichnungspflicht schadstoffhaltiger Produkte;

Beantwortung von Wirkungsfragen bei Schadstoffen und Festlegung von Rahmenbedingungen sowie einheitliche Anforderungen an die Sonderabfallbeseitigung, also eine Technische Anweisung Abfall.

(D)

Diese Forderungen, Herr Dr. Linssen, müssen an dieser Stelle einmal eindeutig wiederholt werden.

(Dr. Linssen (CDU): Alte Kamellen!)

Meine sehr verehrte Damen und Herren, Gewässerschutz! Ich erspare mir, auf weitere Einzelheiten einzugehen; allerdings auch wieder, meine Damen und Herren von der CDU, kann ich es mir nicht ersparen, hier auf den Tatbestand der Novellierung des Abwasserabgabengesetzes hinzuweisen. Diese Novellierung hat nämlich, meine Damen und Herren, eine ausgesprochen negative Tendenz, die es gilt, hier einmal ganz kurz darzustellen. Sie führt zu einer Demontage eines bisher wirksamen Gewässerschutzes. Die bisherige Abwasserabgabe gab einen entscheidenden Anreiz für Gewässerschutzinvestitionen. Das Abwasserabgabengesetz hat uns neue Technologien und saubere Gewässer gebracht. Mit der jetzigen Änderung des Abwasserabgabengesetzes will die Regierung mit einer weitgehenden Abgabefreiheit für Kommunen und Industrie Schluß machen.

(Strehl (SPD))

- (A) Wir können also in diesem Zusammenhang feststellen, daß das neue Abwasserabgabengesetz die Verschmutzer belohnt. Umweltschutz wird bei dieser Bundesregierung

(Zuruf von Abg. Dr. Linssen (CDU))

- und jetzt muß ich Ihnen das Wort zurückgeben, Herr Dr. Linssen - zum Etikettenschwindel.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier schließt sich der Kreis!

(Zuruf von der CDU: Sie sollten sich einen neuen Redenschreiber nehmen!)

Wenn, meine sehr verehrten Damen und Herren und lieber Kollege, feststellbar ist, daß Sie sich zumindest durch die Vermeidung von eigenen konstruktiven Vorschlägen aus dem Bereich Umweltschutz verabschiedet haben, gilt es, so ehrlich zu sein, hier nach vorn zu kommen, Herr Dr. Linssen, und zu sagen: Wir sind in der Tat - und das waren auch meine Eingangsbemerkungen - mit der Umweltpolitik der Regierung Rau einverstanden.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich danke Herrn Abg. Strehl. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Matthiesen. Ich erteile ihm das Wort.

(B)

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst habe ich mich zu bedanken für die unterstützenden Beiträge der SPD-Fraktion und für die teilweise kritischen, teilweise aber auch unterstützenden Beiträge der Opposition.

Herr Dr. Linssen, um bei Ihnen anzufangen: Sie haben eine augenzwinkernde Rede gehalten, unter dem Motto "Halb zog es ihn, halb sank er hin" - eigentlich findet er die Umweltpolitik der Landesregierung gar nicht so schlecht, aber aus Gründen der Öffentlichkeit und der parteiinternen Rason kann er nicht über seinen Schatten springen und muß ein böses Wort zur Klassifizierung einer von ihm an sich für richtig angesehenen Politik erfinden.

Denn Sie können bei näherer Überprüfung nicht leugnen, daß gerade der Einzelplan 10 im Sinne der Ankündigung des Herrn Ministerpräsidenten, die nächsten fünf Jahre unserer Politik unter das Motto der ökologischen und

ökonomischen Erneuerung zu stellen, ein ganz wichtiger Baustein ist. Ich will Ihnen das an ganz wenigen Beispielen deutlich machen.

(C)

In der Luftreinhaltepolitik - mein Kollege Strehl hat bereits darauf hingewiesen - ist neben den Bemühungen im Zusammenhang mit den Luftreinhalteplänen, der Reform der Smogverordnung und anderem mehr die Durchführung des Emissionsminderungsplans, der bei den Schwefeldioxid bis 1988 zu einer Reduzierung um zwei Drittel und bei den Stickoxiden bis 1990 um drei Viertel führen wird, eine große umweltpolitische Jahrzehntleistung der Betreiber zusammen mit der Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Linssen zu?

(Minister Matthiesen: Bitte sehr!)

Dr. Linssen (CDU): Herr Minister Matthiesen, würden Sie - vielleicht auch korrigierend für Ihren Kollegen Strehl, den Sie gerade zitierten - hier vor dem Plenum bestätigen, daß all das, was Sie beim Emissionsminderungsplan tun, was Sie beim Abwasserabgabengesetz tun, was Sie im Anschluß an die Großfeuerungsanlagen-Verordnung getan haben, erst dann geschehen ist, als Bonn Ihnen eindeutige Verordnungen an die Hand gegeben hat?

(D)

(Zustimmung bei der CDU)

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Das ist ja deshalb nicht richtig, weil - erstens - mein Kollege Farthmann schon lange vor meiner Zeit und vor der Großfeuerungsanlagen-Verordnung über freiwillige Vereinbarungen Emissionsminderungen ganz erheblichen Maßes durchgeführt hat und weil - zweitens - natürlich der Emissionsminderungsplan erst dann richtig vereinbart werden konnte, nachdem der Bund, jedenfalls auf der Grundlage der Großfeuerungsanlagen-Verordnung, gesetzgebend, wenn man so will, einen Grundstock eingezogen hat. Insofern war der Emissionsminderungsplan die daraufgesetzte, gesetzlich gar nicht notwendige, freiwillige Leistung der großen Energieversorgungsunternehmen und der Landesregierung.

Wenn Sie sich im Haushalt ansehen, auch im Zusammenhang mit der Durchführung der TA Luft wichtig: über 100 Millionen DM im Rahmen der Immissionsschutzförderung - dann ist dies ein deutliches Signal der Landesregie-

(Minister Matthiesen)

- (A) rung, daß sie die konsequente Luftreinhaltepolitik auch im Haushaltsjahr 1986, ausgedrückt in Mark und Pfennig, fortzusetzen gedenkt.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Geld soll ja, wie Sie wissen, aber natürlich verschweigen - das verstehe ich; als Opposition muß man wohl so sein -, vor allem auch kleineren und mittleren Firmen in Form günstiger Kredite zugute kommen.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, ich sage das deshalb, weil ich das zwölf Jahre lang selbst alles mitgemacht habe. Ich kenne Ihre Mechanismen!

(Heiterkeit bei der CDU)

Was das zweite anbetrifft, so will ich ein Wort zu den Abwassermaßnahmen sagen. Im Haushalt stellt die Landesregierung im Einzelplan 14 und Einzelplan 10 dafür 340 Millionen DM zur Verfügung, meine Damen und Herren - und dies in einer haushaltspolitisch für das Land nicht einfachen Situation! Und wir haben auf diesem Gebiet große Erfolge. Fast 90 % unserer Einwohner in Nordrhein-Westfalen sind an vollbiologische Kläranlagen angeschlossen. Wir stehen damit mit an der Spitze aller Flächenländer. Allein in den Jahren 1980 bis 1985 hat das Land rund 2,6 Milliarden DM für diesen Bereich ausgegeben und damit Investitionen in einer Größenordnung von 7,5 Milliarden DM bewegt. Das ist eine stolze umweltpolitische Leistung der Landesregierung in diesem Bereich!

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

(Minister Matthiesen: Herzlich gern!)

- Bitte schön, Herr Dr. Linssen!

Dr. Linssen (CDU): Herr Minister Matthiesen, würden Sie auch in diesem Falle dem Hohen Hause bestätigen, daß Sie die gerade von Ihnen erwähnten Mittel für die Abwassermaßnahmen gekürzt haben und nur durch Vorgriff auf das nächste Jahr, das heißt im Zuge von Verpflichtungsermächtigungen, versucht haben, diesen negativen Eindruck zu kaschieren?

(Zurufe von der SPD)

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Man kann ja wohl nicht nur vom Baransatz ausgehen, sondern man muß auch sehen, welche Mittel man im Haushaltsjahr zur Verfügung hat. Das sind im Abwasserbereich, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe, 569 Millionen DM und etwas "Zerquetschtes", und es ist eine deutliche Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen, so daß wir erstmalig im Verhältnis von 1 : 4 mehrjährige Maßnahmen vernünftig durchfinanzieren können. Als Haushaltsexperte - sage ich einmal - müßten Sie doch wissen, daß gerade bei diesen Maßnahmen ein vernünftiges Verhältnis zwischen Baransatz/Verpflichtungsermächtigungen noch ein bißchen wichtiger ist als ein ungünstiges Verhältnis zwischen Baransatz und Verpflichtungsermächtigungen.

(Zuruf von der SPD: Genauso ist es!)

Das unterstreicht deutlich das Engagement der Landesregierung in diesem Bereich.

Dritter Punkt - ich will das ja nur beispielhaft darlegen - ist der Wasserbereich. Hier, meine Damen und Herren von der Opposition, haben wir in den letzten Jahren deutliche Erfolge. Wir haben im Bereich des Wasserverbrauchs jährlich einen Rückgang im industriellen Verbrauch von 1,8 %, und wir haben im privaten Bereich eine Steigerung, die zu Null tendiert.

Wir haben im Schnitt einen 4,4fachen Wasserkreislauf im Bereich der Industrie und der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, und wir haben über 90 % unserer Einwohner in Nordrhein-Westfalen an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Auch dies ist eine hervorzuhebende umweltpolitische Leistung der Landesregierung im bevölkerungsreichsten Bundesland!

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe aber auch zu, daß wir noch zu bewältigende Aufgaben und Probleme haben. Sie haben ein Stichwort genannt, nämlich das der Altlasten. Nur ist es nicht so, wie Sie sagen: Wir seien da konzeptionslos. Wir haben sehr wohl eine Konzeption; wir sind nur bisher bei der finanziellen Absicherung dieser Konzeption von den anderen Bundesländern und von der Bundesregierung schmächtig im Stich gelassen worden. Das ist die Tatsache!

(Zustimmung bei der SPD)

Die Umweltminister hatten ja seinerzeit beschlossen, wie Sie wissen, einen Solidarfonds auf freiwilliger Grundlage durchzuführen und dies in Gesprächen mit der Industrie zu

(Minister Matthiesen)

- (A) vereinbaren. Diese Gespräche sind mit unterschiedlichem Erfolg geführt worden, aber insgesamt gescheitert.

Für den Fall des Scheiterns hatten die Umweltminister damals gesagt: Dann muß es einen Fonds auf gesetzlicher Grundlage geben. Und nachdem sich die Umweltministerkonferenz dann mit dem Ergebnis des Scheiterns auseinanderzusetzen hatte, hatten die B-Länder und die Bundesregierung politisch nicht den Mut und offenbar politisch auch nicht die Kraft, einer solchen gesetzlichen Regelung zum Durchbruch zu verhelfen.

Ich sage Ihnen noch einmal, warum es gerade aus nordrhein-westfälischer Sicht drei gute Gründe für eine bundeseinheitliche, bundesgesetzliche Regelung gibt:

das ist erstens die Größe der Aufgabe in den finanziellen Dimensionen,

das ist zweitens die Verflochtenheit unserer Industrie, die ja nicht an den Landesgrenzen aufhört,

und das ist drittens, so denke ich, nach den großen Vorleistungen des Landes Nordrhein-Westfalen in den Nachkriegsjahren und bis 1980 und darüber hinaus eine notwendige Solidarleistung der Bundesregierung und der anderen Bundesländer, hier alten, besonders belasteten Industriestandorten wie Nordrhein-Westfalen zu helfen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist das ein schwerer Schlag, und zwar nicht nur gegen Nordrhein-Westfalen, sondern auch gegen das Saarland, auch gegen die Stadtstaaten einschließlich Berlins. Ich hoffe sehr, daß im Bundestag und im Bundesrat, wenn wir uns mit diesem Thema erneut befassen werden, das Nein der Umweltministerkonferenz nicht das letzte Wort ist, sondern daß es im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen doch noch zu einer bundeseinheitlichen und bundesgesetzlichen Regelung kommt, weil ich hinzufüge, jede denkbare oder nicht denkbare Landesregelung kann aus der Interessenlage unseres Landes heraus immer nur die zweitbeste Lösung sein, die beste Lösung ist und bleibt die bundeseinheitliche, bundesgesetzliche.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Problembereich, den ich offen nennen will, ist der der Sondermüllentsorgung. Hier müssen wir uns vergegenwärtigen, mit welcher Problemfülle wir es zu tun haben. Nordrhein-Westfalen hat, wenn man alle

gewerblichen produktionsspezifischen Abfälle (C) zusammenzählt, ein jährliches Aufkommen, bezogen auf 1982, wenn ich das richtig im Kopf habe, von rund 22,7 Millionen t. Wenn ich es nur auf den eigentlichen Sondermüllbereich eingrenze, dann entfallen auf Nordrhein-Westfalen jährlich 3,7 Millionen t bei einem jährlichen Anfall in der Bundesrepublik Deutschland von 4,8 Millionen t. Das heißt, wenn wir die produktionsspezifischen Abfälle aus Chemie, Bergbau und Stahl dazu zählen, hat Nordrhein-Westfalen insoweit einen Anteil von 70 %.

Nordrhein-Westfalen hat einen alten, guten Grundsatz in der Entsorgung, nämlich weitestgehend das, was bei uns produziert wird, auch im eigenen Land zu entsorgen. Deshalb entsorgen wir heute rund 96 % des bei uns Produzierten. Damit sind wir besser dran als andere Bundesländer, die sich eines sehr ausgeprägten Mülltourismus befleißigen.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir werden Probleme kriegen, und zwar bezogen auf 1990 und auf Sondermülldeponien. Wir haben heute schon Entsorgungsprobleme bei den neu aufgetretenen Abfällen wie PCB-verseuchtem Altöl und chlorierten Kohlenwasserstoffen. Aber diese Probleme sind doch nicht entstanden, weil die Landesregierung in den vorhergehenden Jahren etwas verschlafen hat.

(Dr. Linssen (CDU): Doch! Feste!)

(D)

Nein. PCB-verseuchtes Altöl gab es in diesem Umfang 1980 noch nicht, da war das überhaupt noch kein Thema, um das deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt müssen alle, das sage ich mit allem Nachdruck, im Hohen Hause sich über drei Dinge im klaren sein. Wir "recyclen" heute rund ein Drittel aller gewerblichen Abfälle und haben damit eine der höchsten Wiederverwertungsquoten in der Bundesrepublik Deutschland. Trotzdem wird die Summe der Sonderabfälle in den nächsten Jahren bei allen Anstrengungen der Müllvermeidung und der Wiederverwertung nicht kleiner, sondern größer, und zwar u. a. im Zusammenhang mit der Durchführung der TA Luft, von der allein in Nordrhein-Westfalen 14 000 Betriebe in der Umstellung betroffen sein werden. Je sauberer ich die Luft mache, um so mehr entsteht am Ende ein zu entsorgender Reststoff.

Das heißt, aus umwelt- und aus industrie-politischen Gründen brauchen wir in

(Minister Matthiesen)

- (A) Nordrhein-Westfalen möglichst schnell als
Vorsorge für das nächste Jahrzehnt weitere
Sondermülldeponien und auch eine Erweiterung
der Verbrennungskapazitäten von jetzt
215 000 Jahrestonnen auf künftig 300 000 t.
Da sagt der Umweltminister in aller Deut-
lichkeit: Es kann nicht angehen, daß zwei
Regierungspräsidenten in Nordrhein-Westfalen
über eine Sondermülldeponie verfügen und
drei andere nicht. Die drei anderen Regie-
rungspräsidenten haben die volle Rücken-
deckung der Landesregierung, wenn sie sich
an die notwendige Suche von notwendigen
Standorten für Sondermülldeponien machen.

(Wortmeldung des Abg. Dr. Linssen
(CDU) zu einer Zwischenfrage)

- Verehrter Herr Linssen, eigentlich bei
Ihnen immer gern. Wenn es sein muß, bitte!

Frau Vizepräsident Friebe: Ich unterbreche
nicht gern mitten im Satz. Aber jetzt frage
ich, ob Sie eine Zwischenfrage gestatten
wollen? - Bitte schön, Herr Dr. Linssen.

Dr. Linssen (CDU): Herr Minister, bei allem
Verständnis dafür, daß Sie sich selber hier
natürlich heute feiern müssen,

(Widerspruch bei der SPD)

gibt es einen anderen Grund dafür, daß wir
diese Entsorgungsnotstände, wie Sie sie heute
schildern, in diesem Lande haben als die
Tatsache, daß eben die Rede, die Sie heute
halten, vor fünf Jahren hätte gehalten werden
müssen und daß diese Regierung auf diesem
Sektor tief und fest geschlafen hat?

(B)

(Beifall bei der CDU)

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumord-
nung und Landwirtschaft: Herr Kollege
Linssen, für so eine Frage bekommen Sie
schnellen Beifall. Nur geht das an der
Wahrheit völlig vorbei, wenn ich Ihnen sage,
daß Schleswig-Holstein nicht schläft, weil es
in die DDR entsorgt, Hamburg nicht schläft,
bei 400 000 t in die DDR, Hessen nicht
schläft, bei 200 000 t nach Frankreich und in
die DDR! Soll ich Ihnen die Zahlen von
München und von Bayern nennen? Nein, hier
gibt es objektive Probleme, die darin be-
stehen, daß die notwendigen Entsorgungsmaß-
nahmen wie Sondermülldeponien nicht nur in
Nordrhein-Westfalen von den Bürgern mit
Ängsten begleitet werden, sondern daß es
solche Ängste auch in Schleswig-Holstein und
in Bayern gibt. Insoweit ist das kein Ver-
sagen einer Landesregierung.

(Dr. Linssen (CDU): Weshalb appellieren
Sie denn an uns?)

- Doch, ich appelliere deshalb an Sie, weil
mich das nachdenklich macht, wenn ich so
etwas in der "Bonner Rundschau" lese, von
Johannes Wilde.

(C)

(Dr. Linssen (CDU): Da ist die SPD
auch dabei!)

- Daß meine Partei daran auch beteiligt ist,
will ich nicht bestreiten. Aber Sie haben mich
doch angesprochen.

(Dr. Linssen (CDU): Sie waren das
doch!)

Dort heißt es: "Für die Menschen ein mora-
lisches Unrecht", bezogen auf die Suche des
Regierungspräsidenten nach einem Standort
für eine Sondermülldeponie. Meine Damen und
Herren, in aller Ernsthaftigkeit und ohne
Polemik: Wenn wir die schwierige Suche von
Sondermülldeponien oder die Standortakzep-
tanz von Hochtemperaturverbrennungsanlagen
in den Bereich der Moral oder der theolo-
gischen Interpretation der Schöpfungsges-
chichte hineinziehen, dann sind wir auf dem
falschen Gleis, und davor möchte ich uns
bewahren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich möchte Sie und uns davor bewahren und
uns gemeinsam, Herr Kollege Linssen, bitten,
soweit wir das vermögen, nicht durch poli-
tisch unkluges Handeln zur Vermehrung
unnötiger Ängste in der Bevölkerung beizu-
tragen,

(D)

(Hardt (CDU): Wackersdorf!)

sondern dazu beizutragen, daß die Ängste
der Bürger ernstgenommen werden, daß sie
sich aber nicht gegen Einrichtungen richten,
die die Umwelt entlasten und den Menschen
schützen sollen. Das ist meine Bitte.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang sage ich das auch
deshalb so engagiert - nicht nur aus Gründen
des Umweltschutzes und um die Entsorgungs-
kette vernünftig und verantwortungsbewußt
auszugestalten -, weil ich davon überzeugt
bin, daß die Entwicklung von Umwelttechno-
logien, gerade für Nordrhein-Westfalen, eine
industriepolitische Chance bedeutet. Die
Envitec war ein sichtbares Beispiel für eine
rasante Entwicklung. Die Landesregierung
sieht es positiv, daß wir heute bereits ein
Drittel der gesamten bundesdeutschen Umwelt-
industrie im eigenen Land ansässig haben,

(Schauerte CDU: Das müssen wir auch!)

(Minister Matthiesen)

- (A) übrigen kleine und mittlere Firmen mit guten Umsatzsteigerungen, die sich hier Märkte für die Zukunft versprechen.

Auch aus diesem Grunde sollten wir dafür sorgen, allerorten, auch in den Kommunen, politische Rahmenbedingungen herzustellen, damit die notwendigen Investitionen zugunsten des Umweltschutzes, die gleichzeitig aber auch Aufträge für unsere Umweltindustrie bedeuten, vonstatten gehen und akzeptiert werden. Gerade dieses Beispiel macht deutlich - die Entwicklung auf diesem Gebiet und die Tatsache, daß wir bereits über 100 000 Arbeitsplätze in diesem Bereich haben -, daß dieser blöde und häufig bewußt konstruierte Gegensatz von Umweltschutz einerseits und Arbeitsplatzsicherung andererseits nun wirklich in die Mottenkiste einer überholten umweltpolitischen Diskussion gehört.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will noch ein paar Bemerkungen zur Landwirtschaft machen, weil das der zweite Bereich ist, den der Einzelplan 10 betrifft. Den Landwirten in der Bundesrepublik Deutschland geht es nicht gut, und auch in Nordrhein-Westfalen haben wir große Sorgen, wobei sich unsere Sorgen nicht in erster Linie auf die Nebenerwerbslandwirte beziehen, sondern, was das Problem noch kritischer macht, auf unsere Vollerwerbsbetriebe. Das untere Einkommensdrittel dieser Betriebe lebt aus der Substanz mit einer Verschuldung von über 4 000 DM und einer Zinsbelastung von über 400 DM pro Hektar. Das macht die ganze Krise in der Agrarpolitik deutlich. Das unterstreicht die Sorgen, die der landwirtschaftliche Berufsstand hat.

(B)

Ich bin sehr stolz darauf, daß wir trotz schwieriger Haushaltslage durch den Einzelplan 10 alle nur denkbaren Hilfen im Rahmen landespolitischer Zuständigkeit und Verantwortung mobilisiert haben, um nicht nur einen Ausgleich zwischen Naturschutz und Landwirtschaft herbeizuführen, sondern auch - soweit es geht - landwirtschaftlichen Existenzen zum Überleben zu verhelfen in einer für sie nicht leichten Situation.

Deshalb müssen Sie uns nicht an die landespolitische Verantwortung mahnen. Ihr Hinweis auf die sozialliberale Koalition ist deshalb unredlich, weil Sie nicht umhin können, meine Damen und Herren, feststellen zu müssen, daß es den Landwirten in Deutschland noch nie so schlecht gegangen ist wie zu Zeiten dieser Wende-Regierung.

(Beifall bei der SPD - Nagel CDU: Um Gottes willen! Das darf doch nicht wahr sein! - Weitere Zurufe und Widerspruch von der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, (C)
gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Linssen?

(Minister Matthiesen: Gern!)

- Bitte sehr!

Dr. Linssen (CDU): Herr Minister, würden Sie dem Hause bestätigen,

(Zuruf von der SPD: Nein!)

daß die sozialliberale Koalition gerade die EG-Finanzierung so weit vorangetrieben hat, daß sie dadurch die Situation der Landwirtschaft noch einigermaßen halten konnte, bis der Kollaps herbeigeführt wurde, und daß Kiechle nur unter diesen Folgen zu leiden hat?

(Lachen bei der SPD - Beifall bei der CDU)

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Zu einer redlichen Debatte gehört es - das habe ich bereits mehrfach gesagt;

(Nagel CDU: Ich würde ganz ehrlich bleiben!)

ich sage das in jeder Versammlung, das sage ich auch im Ausschuß, wie Ihre Kollegen bestätigen werden; das sage ich auch heute hier im Plenum -, anzuerkennen, daß zum Beispiel die Überschußprobleme bei Milch (D)
nicht die Erfindung dieser Bundesregierung sind, sondern daß man das auch schon zu Zeiten des Vorgängers hätte aufgreifen und einleitend regeln müssen.

(Zurufe von der CDU)

Das ist für mich aber nicht der Punkt. Der Punkt ist für mich, daß man, nachdem man eine Regelung getroffen hatte, nämlich die Milchquotenregelung - Kollege Gorlas hat darüber gesprochen -, diese so dilettantisch, sozial ungerecht und teilweise verwaltungsmäßig dumm durchgeführt hat, daß wir heute als Ergebnis den Unfrieden in den Dörfern haben.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Linssen CDU)

Wenn Sie glauben, daß man aufgrund dieser Fehlleistung - einschließlich der 5 % Mehrwertsteuerpauschale, die man auch anders als nach der Gießkanne hätte verteilen können - die Bundesländer heute als Reparaturbetrieb für eine verfehlt Brüsseler Agrarpolitik und

(Minister Matthiesen)

- (A) verfehlte nationale Entscheidungen in die Pflicht nehmen kann, dann werden Sie sich von München über Düsseldorf bis hin nach Kiel täuschen.

(Beifall bei der SPD)

Wir tun das uns Menschenmögliche. Aber die Eckdaten werden in Brüssel und in Bonn gesetzt und nicht in Düsseldorf. Das muß klar sein, und das muß klar bleiben.

Ich bin persönlich sehr enttäuscht darüber, daß sich, nachdem die Krise nun so offensichtlich war und wir im Bundesrat ein einstimmiges Votum für ein vernünftiges agrarpolitisches Reformkonzept zusammengebracht hatten, 14 Tage später - ich behaupte, aus opportunistischen Gründen wegen eines bestimmten Wählerverhaltens - CDU-geführte Bundesländer, die im Bundesrat zugestimmt haben, aus dieser Gemeinsamkeit der Reformbemühungen ausklinken. Die "Süddeutsche Zeitung" hat heute geschrieben und kommentiert, was die wirklichen Motive dafür sind, nämlich das Wahlverhalten von Bauern auf dem Lande in Schleswig-Holstein.

Ich finde dies deshalb so bedauerlich, weil hier die Chance einer realistischen Reform vertan wird und weil hier wieder den Landwirten, denen das Wasser teilweise bis zum Hals steht, der Eindruck vermittelt wird, mit der Fortsetzung einer alten Politik könnten sie eine gute Zukunft gewinnen.

- (B) Der Herr Kiechle tut mir an diesem Punkt leid, weil er gemessen werden wird an den Forderungen der CDU/CSU und er jetzt schon weiß, daß er aus Brüssel nur als Gescheiterter im Sinne dieses Papiers nach Hause kommen kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb bitte ich Sie sehr, nachdem die Landwirte im Lande schon so gebeutelt sind, nicht noch weiter mit dazu beizutragen, daß Illusionen und Hoffnungen geweckt werden, von denen jeder heute weiß, sie sind nicht erfüllbar. Das gilt auch für Ihre Anträge für den Landeshaushalt.

Ich will noch einmal kurz sagen: Es geht nicht darum, daß wir prinzipiell etwas gegen nachwachsende Rohstoffe hätten. Ich halte auch das für eine Chance. Es geht darum, daß wir Bedenken haben und Skepsis haben, z.B. gegen Bioäthanol. Der Ölpreis muß ganz schön steigen, und die Agrarpreise müssen ganz schön sinken, um mit Hilfe eines staatlichen Subventionsprogramms dieses sogenannte Bioäthanol wettbewerbsfähig zu machen. Es

- (C) kann doch nicht Sinn der Übung sein, ein neues staatliches Milliarden-Subventionsprogramm aus der Taufe zu heben.

(Zuruf von der CDU: Wer will das denn?)

Deshalb liegt darin kein Sinn.

Für den anderen Bereich, den der nachwachsenden Rohstoffe, gibt es bereits ein Forschungsprogramm des Bundes. Es ist unsinnig, wenn wir uns da auch noch hineinbegeben. Im übrigen konzentrieren wir uns auf Forschungen im Bereich der umweltverträglichen Landwirtschaft und haben hier einen Schwerpunkt mit über 200.000 DM für die Produktion von Nahrungsmitteln, also vollziehen schon das, was Sie ja auch wollen.

Das gilt im übrigen auch für Ihren Milchquotenantrag, meine Damen und Herren von der Opposition. Ich will Ihnen jetzt lange Ausführungen ersparen, nur die Erfahrungen hier bei uns und in anderen Bundesländern zeigen, daß selbst, wenn man will, diese Menge der zu mobilisierenden Milch überhaupt nicht verfügbar ist, weil nach der Ankündigung der EG-Kommission, ein Milchrentenprogramm aufzulegen, die Bauern verständlicherweise wegen der dort gebotenen besseren Konditionen zurückhaltend sind. Wenn man sich die Entwicklung in Schleswig-Holstein, Niedersachsen oder Baden-Württemberg anschaut, dann haben die dort mit demselben Problem zu tun, wie wir auch, nämlich das Geld steht zur Verfügung, aber es fließt nicht voll ab, weil nicht genügend Milchquoten auf dem Markt angeboten werden.

(D)

Deswegen hilft es uns nichts, den Eindruck zu erwecken, man könnte mehr Landwirte glücklich machen mit weiteren 10 Millionen DM, wenn sie selbst aus der Praxis wissen, daß sie nicht einmal die entsprechenden Milchquoten im Lande aufkaufen können. Nein, das macht keinen Sinn.

Ich möchte mich noch einmal bei der SPD-Fraktion bedanken für das breite Maß an Übereinstimmung und Unterstützung. Ich möchte mich auch für Ihre kritischen Diskussionsbeiträge bedanken und noch einmal unter dem Strich feststellen: Ich habe eine umweltpolitische Alternative der CDU-Opposition nicht erkennen können, und im Bereich der Landwirtschaftspolitik wird der Zustand der Konzeptionslosigkeit auf Bundesesebene und der der Hilflosigkeit auf Landesebene von der CDU fortgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

- (A) Frau Vizepräsident Friebe: Vielen Dank, Herr Minister Matthiesen. Jetzt hat sich noch einmal Herr Abg. Dr. Linssen von der Fraktion der CDU zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Linssen (CDU): Es tut mir leid,

(Zurufe von der SPD: Uns auch!)

daß wir die Sitzung verlängern müssen, aber nach dieser Rede des Ministers Matthiesen meine ich, ist es angebracht, daß in einigen Punkten ganz erheblich Tacheles geredet wird.

Herr Minister, ich habe Sie im Ausschuß gewarnt, als Sie von uns Solidarität in Fragen der Entsorgung einforderten. Ich habe es Ihnen gesagt, daß es für uns billig wäre, draußen Emotionen hochzuschaukeln in diesem ausgesprochen schwierigen Bereich, mit dem Sie - zugegebenermaßen - hier in diesem Land zu kämpfen haben. Ich habe Ihnen gleichzeitig gesagt, daß wir eine gleiche konstruktive, verantwortliche Haltung in Agrarfragen von Ihnen verlangen, weil sie genauso schwierig zu lösen sind, diesmal für die Bundesregierung.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Was Sie, Herr Minister, auf diesem Sektor machen - und ich sage das ganz deutlich -, ist billige politische Demagogie.

- (B) (Zustimmung bei der CDU)

Sie selber haben der Landwirtschaft kein Konzept anzubieten. Ich sage es hier ganz deutlich: Wir haben den Eindruck, daß Ihnen offensichtlich an unzufriedenen Bauern gelegen ist, die Sie doch nicht zur SPD überziehen können, die Sie aber zumindest zur Wahlenthaltung veranlassen könnten.

(Maedige (SPD): Das ist eine Unverschämtheit!)

Herr Minister, es tut mir leid,

(Dr. Dammeyer (SPD): Ihnen tut gar nichts leid! - Westermann (SPD): Dummes Zeug, was Sie da erzählen!)

aber ich muß Ihnen das ganz deutlich ins Stammbuch schreiben:

(Weitere Zurufe von der SPD)

Der Minister läuft klagend durch das Land, daß es der Landwirtschaft noch nie so dreckig gegangen sei, und versucht, die

Bauern gegen Bonn und Brüssel aufzubringen. Er selber verkauft sich mit einem 4-Millionen-Feuchtwiesenprogramm als der Retter der Landwirtschaft und vergißt zu erwähnen, daß Bonn in sechs Jahren 18,6 Milliarden DM für den Währungsausgleich in die Hand genommen hat, um dieses Schicksal, das der Landwirtschaft aus der EG-Politik droht, zum Besseren zu wenden und einigermaßen zu stabilisieren.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie, Herr Minister, wissen genauso gut wie wir alle hier im Raum, daß man mit Milchquoten die Gemüter der Landwirtschaft natürlich erregen kann. Sie wissen ganz genau, daß Sie in bestimmten Regionen je nach Struktur der Landwirtschaft mit dem Quotensystem wesentlich bessere Ergebnisse erzielen als mit Ihrer differenzierten Mitverantwortungsabgabe. Obwohl Sie es wissen, laufen Sie durchs Land und versuchen, die Gemüter zu erhitzen.

(Schauerte (CDU): Wider besseres Wissen!)

Sie laufen auf Bauernversammlungen herum und erzählen: Wenn ich zu sagen hätte, würde ich heute am Tage noch die Massentierhaltung beseitigen. Sie wissen ganz genau, daß diese gigantischen Konzepte unter der sozialliberalen Ära, verbunden mit einem EG-Kommissar Manshold -

(Zustimmung bei der CDU)

ich darf den Namen hier noch einmal erwähnen -, daß dieses Konzept der Massentierhaltung und der Großbetriebe - wachsen oder weichen - gerade von diesen Freunden Ihrer politischen Richtung kreierte worden ist. Das sollten Sie zugeben.

(Dautzenberg (CDU): Das ist die Bauernfängerei! - Zustimmung bei der CDU)

Wenn Sie das Programm der nachwachsenden Rohstoffe, das sicherlich nur auf mittelfristige Sicht verwirklicht werden kann, hier kritisieren, dann sagen Sie doch einmal, was Sie für eine andere Perspektive für die Landwirtschaft entwickeln! Nur Kritisieren reicht auch für einen Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen nicht.

(Nagel (CDU): Bravo, sehr gut! - Lebhafter Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Das Wort hat jetzt Herr Abg. Hegemann von der Fraktion der CDU.

(C)

(D)

(A) Hegemann (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Zuruf von der SPD)

- Also, ich habe schon bessere Zwischenrufe gehört. Ich gebe Ihnen auch Veranlassung, hier noch ein paar Zwischenrufe loszulassen; davor habe ich überhaupt keine Angst.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das, was der Minister und zuvor der Abgeordnete Strehl hier vorgetragen haben, kann einfach nicht unwidersprochen bleiben.

(Zustimmung bei der CDU)

Da spricht der Minister von einer augenzwinkernden, im Grunde genommen innerlichen Zustimmung, aber aus Parteiloyalität müßte man etwas dagegen motzen.

(Minister Matthiesen: Ja, sicher!)

So etwa wurde die Äußerung von Herrn Dr. Linssen von Ihnen qualifiziert. Ich frage Sie: Was findet sich an ökologischer Erneuerung in diesem Landeshaushalt? Nun könnte ich sagen: 40 Millionen DM für Altlasten.

(Wendzinski (SPD): Über 80 Millionen! Das wissen Sie doch!)

(B) - Mit Verpflichtungsermächtigungen! - Ich will Ihnen gerade einmal erklären, wie der Minister das Problem der Altlasten angeht: nämlich kein bißchen besser als sein Vorgänger Farthmann, wenn es um die Beurteilung von Umweltproblemen ging. Im letzten Jahr sagte der Umweltminister: "Das Problem der Altlasten bekommen wir in den Griff. Da werden wir nämlich eine freiwillige Vereinbarung treffen, und wir werden wie immer den nötigen Druck dahintersetzen, daß die Industrie zu einer freiwilligen Vereinbarung kommt." Als man merkte, daß das nicht ging, kam noch einmal die Drohung: "Wenn das nicht funktioniert, werden wir alle rechtlichen Möglichkeiten in Nordrhein-Westfalen ausschöpfen, und dann werden wir sie zwingen." - Dann stellte man fest: Es hat nicht geklappt, und zwingen konnte oder wollte man nicht. Da hat man gesagt: "Jetzt müssen wir eine bundeseinheitliche Lösung haben. Und wenn der Bund sich der Verantwortung entzieht, dann werden wir in Nordrhein-Westfalen alle rechtlichen Möglichkeiten ...". Usw., usw.! Was haben Sie ausgeschöpft? Gar nichts! Sie haben den Haushaltsansatz erhöht, weil Sie davon ausgehen können, daß der Bund nicht zu einer Lösung kommt, die Ihnen

paßt. Sie können die Solidarität des Bundes nicht strapazieren.

(C)

(Hilgers (SPD): Denn es gibt gar keine!)

Aus allen Rohren schießen, hinter jeder Hecke liegen und gegen Bonn schießen, und dann sagen: "Aber jetzt müßt Ihr uns das zurückzahlen, was wir Anfang der 50er Jahre an Aufbauleistungen vollbracht haben!" Wenn es um Kohle geht, wenn es um Probleme geht, die Sie nicht lösen können, dann fordern Sie die Solidarität des Bundes ein. Sind Sie denn so blauäugig?

(Maedge (SPD): Quatsch!)

Sind Sie denn so blauäugig, daß Sie nichts anderes sehen? Zum Beispiel habe ich mir sagen lassen, in Rheinland-Pfalz gäbe es nur eine Altlast,

(Lachen bei der SPD)

so daß dieses Bundesland kein Interesse hat, das Problem, das zu lösen Sie in der Vergangenheit versäumt haben, jetzt in einer solidarischen Art und Weise anzugehen.

(Lachen und Zurufe bei der SPD)

- Passen Sie einmal auf! Sie müssen sich erst einmal zu Wort melden, das habe ich auch gemacht. Und Zwischenrufe machen Sie entweder laut, so daß sie überkommen, oder am besten lassen Sie es sein!

(D)

Das, was hier an Altlastenproblematik angesprochen worden ist, kann ich nur mit dem Wort von Hans Otto Bäumer bezeichnen: "Riesenbluff!"

(Zustimmung bei der CDU)

Das haben wir in der Zeitung gelesen.

Ich komme zu einem anderen Bluff: Sie haben gesagt, Herr Strehl, Umweltschutz würde von Bonn konterkariert; bei allem, was Sie in Nordrhein-Westfalen versuchten, spielte Bonn nicht mit. Das Gegenteil ist der Fall. Nach der Großfeuerungsanlagen-Verordnung sagte Herr Farthmann: "Das bringt kein Milligramm Schwefel weniger in die Luft, das ist ein Wahlkampfgeschäft, das zieht überhaupt nicht, das gilt ja nur für Neuanlagen." Ein halbes Jahr später sagt er: "Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung ist gerade für Nordrhein-Westfalen eine Katastrophe; da haben wir nämlich die großen Kohlekraftwerke. Das können andere vielleicht verkraften, aber wir nicht." Ein Jahr später

(Hegemann (CDU))

- (A) sagt er: "Mein Gott, die Großfeuerungsanlagen-Verordnung hat viel besser gegriffen, als ich es jemals zu hoffen gewagt habe."

(Maedge (SPD): Absoluter Quatsch!)

Und dann kommen Sie und setzen sich in freiwilligen Gesprächen mit Elektrizitätsversorgungsunternehmen zusammen und sagen: "Da wollen wir jetzt noch eins draufsetzen. Wir wollen die Fristen ein bißchen nach unten führen und machen einen Emissionsminderungsplan."

(Maedge (SPD): Der ist nicht neu; den gibt es schon!)

Dann zwingen Sie die Elektrizitätsversorgungsunternehmen zu einer Aussage, bis 1989 zu einer Verminderung in der Größenordnung der NO_x-Belastung zu kommen. Diese Aussage kann kein ernstzunehmender Wissenschaftler heute für das Jahr 1989 treffen. Nur Sie, Herr Matthiesen. Nur Sie, sonst niemand!

(Zustimmung bei der CDU)

Und Sie nehmen Ibbenbüren in Betrieb und sagen: "Na ja, es ist ja im Grunde genommen sauberer als Buschhaus; denn die Entschwefelung haben wir halbwegs gelöst, und Entstickung geht noch nicht." Am Abend, bevor die Debatte im Hause stattfindet, treffen Sie eine Vereinbarung und sagen: "Entstickung machen wir doch kurzfristig!" Nur der, der entstickt soll, weiß noch nicht, wie er das machen soll, aber der Ministerpräsident weiß schon, bis wann es geschehen ist!

(B)

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Ich glaube Ihnen kein Wort mehr, das Sie über Fristen zu Entschwefelungsanlagen, Entstickungsanlagen hier im Hause erzählen, wenn das nicht wissenschaftlich belegt ist.

Wir haben auf Antrag der SPD ein Hearing in unserem Ausschuß gehabt. Wir haben eine Situation in Ibbenbüren, daß dort eine Kohle verfeuert wird, die ein Feuerlöschmittel ist, die Stabilitätszusätze mit Öl braucht, das eine große Schwefelfracht beinhaltet. Bisher ist noch keine Kohle aus Ibbenbüren verheizt worden. Man befindet sich zur Zeit in einer Erprobungsphase, um dann anschließend, ab Mitte des Jahres, in eine Versuchsphase zu kommen. Und das Ding haben Sie mit Gummi- baum und Streichquartett in Betrieb genommen!

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU - Maedge (SPD): Wollen Sie Ibbenbüren oder nicht?)

- Wir wollen Ibbenbüren, aber wir wollen die Wahrheit sagen! Wir wollen nicht am Vorabend hier herumkugeln, um in der Debatte gut auszusehen. Wir sagen: Die Entstickung, die von Ihnen angekündigt ist, ist im Moment technisch nicht machbar. Was technisch nicht machbar ist, können wir hier politisch nicht verdrehen. Wir wollen Ibbenbüren!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Zum Sondermüll! In der Tat, es wird eine Menge in Nordrhein-Westfalen verbracht, weil hier auch der meiste Sondermüll anfällt. Welche Vorsorge haben Sie getroffen? Wie sieht es in drei Jahren, in fünf Jahren, in zehn Jahren aus? Sie gehen jetzt ein Problem an, das man hätte vor zehn Jahren angehen müssen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie können nicht sagen: "Wo waren die Alternativen der Opposition?" Sie haben seit 20 Jahren Verantwortung. Ich sehe, daß in der Beseitigung von Sondermüll ein ganz großes Problem auf unser Land zukommt und daß die Grünen vielleicht recht behalten, wenn sie sagen: Wir werden hier einen Darmverschluß der Industriegesellschaft herbeiführen! - Wenn Sie nicht handeln, wird diese Industriegesellschaft einen Darmverschluß bekommen. Leider Gottes gehen heute die meisten Darmverschlüsse noch tödlich aus.

Sie sagen: Wir wollen Standorte für Verbrennungsanlagen, okay! Sie haben einen Standort - Hamm - genannt und wundern sich, daß es auf einmal Kritik gibt. Es gibt kaum Hammer Bürger, die sagen: Wir sind gegen eine Verbrennungsanlage; aber wir sind ja schon durch ein Kernkraftwerk belastet, und genau daneben soll jetzt die Verbrennungsanlage gebaut werden.

(D)

(Zuruf von der SPD)

- Das ist ein Thorium-Hochtemperaturreaktor.
- Sie tragen zur Verunsicherung bei, in dem Sie Leichtwasserreaktoren, Thorium-Hochtemperaturreaktoren und den Schnellen Brüter nicht unterscheiden; das ist für Sie alles dieselbe Wichse.

(Allgemeine Heiterkeit)

Die Emotionen werden hochgepeitscht: Kernkraftwerk gleich Kernkraftwerk. Die Leute sagen: An diesem Standort, neben einem Kernkraftwerk, das ja, wie wir hören, so gefährlich ist - -

(Zurufe von der SPD)

(Hegemann (CDU))

- (A) - Warum haben Sie denn den Standort aufgegeben? Sie wollten erst zwei Kraftwerke bauen, und heute bauen Sie eine Müllverbrennungsanlage in Hamm. Sie haben den Standort aufgegeben und gesagt: Kernkraft ist zu gefährlich, und heute wundern Sie sich darüber, daß bei den Leuten Emotionen geweckt worden sind.

Herr Minister, lassen Sie das doch, zeigen Sie doch diese Zeitung von Herrn Wilde nicht vor. Wir haben gesagt: Wir sind kooperativ. Wir wissen, daß es in den kommunalen Parlamenten vor Ort - das geht quer durch alle Fraktionen - Schwierigkeiten gibt. Ich hätte Ihnen Kommunalpolitiker der SPD präsentieren können, die gegen den Standort Villerie sind. Ich kann Ihnen sagen, daß die SPD in Recklinghausen ein Zwischenlager für Sondermüll abgelehnt hat, obwohl der Betreiber eine Altlast des Bergbaus beseitigen wollte. Hier wird in der Tat mit lokalen Farben Politik gemacht. Das wollen wir nicht.

Sie hinken in vielen Bereichen hinterher, Herr Strehl, der Vorwurf, in Bonn werde alles konterkariert, stimmt nicht. Als wir den Katalysator als einen Weg für das abgasarme Auto aufgezeigt haben, war das für Sie der falsche Weg. Als wir ihn hatten, ging es Ihnen nicht schnell genug.

(Zuruf von der CDU)

- (B) - Hier wird die Frage gestellt: Was ist ein Katalysator? Ich habe gelernt: Ein Katalysator beschleunigt oder verlangsamt einen chemischen Prozeß, ohne sich selbst dabei zu verändern. Sie haben in 13 Jahren alles verlangsamt. Heute wollen Sie es beschleunigen, weil Sie sich danach sehr verändert haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat der Herr Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur wenige Bemerkungen machen. Nochmals: Herr Hegemann, wenn Sie den Bereich Sondermüll ansprechen, von dem ich sage, es gibt kritische Probleme, die wir zu bewältigen haben, dann gucken Sie sich einmal objektiv die Situation in anderen Bundesländern an, in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Hessen. Wenn Sie das alles miteinander vergleichen, dann können Sie manches kritisieren, aber eines können Sie nicht

sagen: Sie können nicht sagen, daß Nordrhein-Westfalen am schlechtesten dasteht. Im Gegenteil, wir haben zwar im Hinblick auf die mittelfristige Zukunft Sorgen, aber wir stehen heute - in einer geregelten Entsorgungssituation - immer noch besser da als alle anderen Bundesländer.

(Beifall bei der SPD - Wendzinski (SPD): Das ist die Wahrheit! - Zurufe von der CDU: Relativ!)

- Was heißt "relativ"? Ich kann ja auch nichts dafür.

(Lachen bei der CDU)

- Da lachen Sie. Ich will Ihnen das einmal erzählen. Es ist vielleicht noch gar nicht öffentlich bekannt geworden, aber wenn Sie so lachen, will ich Ihnen das einmal erzählen. Es gibt nämlich in Hessen einen Umweltminister, dessen Vorgänger, meine Damen und Herren, unter dem Motto: Hessen, geh' voran! die Filterstäube von Müllverbrennungsanlagen zu Sondermüll erklärt hat

(Nagel (CDU): Da geht man doch mit der Dachlatte ran!)

und sie schon damals mangels Sondermülldeponien nicht loswerden konnte. Sein Nachfolger, der jährlich 200 000 Tonnen Sondermüll in die DDR und nach Frankreich exportiert, wird es aus politischen Gründen vielleicht nicht ertragen können, diesen Zustand zu verlängern. Weil er das nicht kann, hat er alle anderen Bundesländern per Fernschreiben darüber informiert, daß er die Unter-Tage-Deponie Herfa/Neurode, die Apotheke der Republik, ab sofort sperrt, es sei denn, die anderen Bundesländer sind bereit, ihm den Sondermüll abzunehmen, den er nirgendwo los wird, den er aber sonst unter Tage in den knappen Deponienraum, die Apotheke der Republik, verbringen will. Sie können zu einem CDU-Umweltminister in Rheinland-Pfalz gehen und ihn fragen: Was halten Sie denn davon? Der denkt sich seinen Teil, ich auch. Nur, Sie müssen wissen, daß hier ein Grundkonsens in der Entsorgungswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland mit schwierigsten Fragen, die sich daraus ergeben, zu Disposition steht.

Deshalb bitte ich Sie und uns, uns alle miteinander, sehr - weil da niemand am längeren oder kürzeren Hebel sitzt; das ist alles vordergründig -

(Zurufe von der CDU: Ah!)

dieses Thema mit der gebotenen sachlichen Übereinstimmung gemeinsam zu betreiben.

(C)

(D)

(Minister Matthiesen)

- (A) Deshalb trifft mich der Vorwurf, ich handelte nicht, überhaupt nicht. Wer tummelt sich denn jetzt überall in regionalisierten Konflikten, auch mit meiner eigenen Partei? Meinen Sie, ich zu meiner Freude? Nein, ich tue das, weil ich davon überzeugt bin, daß wir diese Standorte akzeptabel machen müssen, weil wir sonst ab 1990, aber auch schon früher, in Entsorgungsnotstände hineinzugeraten drohen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gesagt, ich solle einzelne Ihrer Kollegen vergessen. Das will ich ja gerne tun. Nur, hören Sie mir auf mit dem Doppelspiel! Hören Sie auf damit; das ist bezogen auf Herrn Wilde. Sie erklären hier: Es ist industriepolitisch notwendig; wir werden das Problem gemeinsam mit Ihnen lösen. Ich höre das gern und nehme das Angebot dankbar an. Das sage ich ausdrücklich. Nur, dann verbietet es sich, daß ich vor dem Ministerium und hier vor dem Landtag Busse auf den Hals kriege und mit dem Megaphon in der Hand schweißgebadet von Bus zu Bus marschiere und mit aufgebrachten Bürgern diskutieren muß, die nicht von mir aufgebracht und hergebracht worden sind, sondern durch Aktivitäten von Abgeordneten, die ich nicht zu bewerten habe, die ich aber teilweise auch daraufhin zu überprüfen bitte, ob sie in jedem Falle der Versachlichung der Debatte vor Ort dienen. Das muß ich in aller Deutlichkeit sagen.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Jetzt noch ein Wort zu den Altlasten. Sie sagen, das sei ein Riesenbluff. Ich weiß überhaupt nicht, wie Sie zu so etwas kommen können.

(Zurufe von der CDU)

Nordrhein-Westfalen als alter Industriestandort ist in besonderer Weise belastet. Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat ja nicht immer Ihre Hilfe gehabt, wenn es darum ging, Interessen Nordrhein-Westfalens in Bonn und anderswo zu vertreten.

(Zuruf von der CDU: Wer hilft hier wem?)

Aber daß Sie nun auch noch anfangen, offenbar zu leugnen, daß es eine gesamtstaatliche Verantwortung bei der Finanzierung von Altlasten gerade den alten Industriestandorten gegenüber gibt, enttäuscht mich, weil Sie damit als Opposition deutlich machen, daß Sie mit der Interessenvertretung dieses Landes nicht viel im Sinn haben, sondern wieder das andere höher bewerten.

(Beifall bei der SPD)

(C) Nun noch einmal zu den Landwirten! Lieber Herr Linssen, sparen Sie sich Ihre Erregtheit!

(Lachen bei der CDU - Stump (CDU): Das machen Sie uns doch vor!)

- Bei mir ist das keine Erregtheit, sondern gebremstes norddeutsches Temperament.

(Heiterkeit - Elfving (CDU): Hauke Haiew als stürmischer Liebhaber!)

Wenn Sie mir das Angebot machen wollten - ich weiß ja nicht, ob Sie es so gemeint haben -: Matthiesen, wir unterstützen dich in der Umweltpolitik, und dafür bist du ab sofort brav in der Agrarpolitik -, dann haben Sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht; denn ich kann und werde bei aller Dankbarkeit für Ihre Unterstützung im Umweltbereich eine dem Wahnsinn nahe gekommene europäische Agrarpolitik und Fehlleistungen im nationalen Bereich um den Preis der Zusammenarbeit mit Ihnen auf anderen Gebieten nicht gutheißen.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Das werde ich nicht tun!

Ich will Ihnen das nur noch einmal an einem Beispiel deutlich machen, nämlich an diesem jüngsten Vorschlag der Flächenstillegung. Ich warne davor, den Bauern einzureden, mit nationalen Flächenstillegungen könnte man die Produktion drosseln und den Bauern helfen. Flächenstillegungen, nur auf den nationalen Bereich beschränkt, führen zur Verödung ganzer Landesteile im eigenen Lande und zur Verstärkung der Erzeugerschlachten in Frankreich und in anderen Ländern.

(D) (Zustimmung bei der SPD - Nagel (CDU): Ich würde wieder eine einstweilige Unterschutzstellung anordnen! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Lesen Sie nach, was Franz Josef Strauß

(Hegemann (CDU): Ein guter Mann!)

auf dem Bauerntag in München dazu gesagt hat. In der Zeitung habe ich folgendes gelesen - und das macht doch alles deutlich -: Strauß ist bei der Übergabe eines Korbes mit heimischen Agrarprodukten von einer oberbayerischen Bäuerin angesprochen worden: "Lieber Herr Landesvater, beschützen Sie unseren Bauernstand." - Darauf hat Strauß wörtlich geantwortet: "Ich kann doch nicht nach Bonn gehen und das Parlament und das Bundeskanzleramt anzünden; ich kann doch

(Minister Matthiesen)

- (A) nicht nach Bonn gehen und eine Revolution ausrufen." Mit anderen Worten: Er kann nicht, aber wenn er könnte, er wollte eigentlich doch ganz gern.

(Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit bei der SPD)

Das macht es deutlich! Meine Damen und Herren, das macht nicht nur den Zorn einer Bäuerin deutlich, sondern das macht auch den Zorn z. B. von Ministerpräsident Strauß deutlich, der in einer schwierigen politischen Situation eine Agrarpolitik mit vertreten und mit verteidigen muß, die die schon seit vielen Monaten nicht mehr die seine ist.

Lieber Herr Neuhaus, Sie haben gesagt, ich sorgte dafür, daß anständige Bauern der Wahlurne fernbleiben. Ich muß gar nicht dafür sorgen, sondern die bleiben heute weg, weil sie so sehr über diese Bundesregierung und diese Agrarpolitik enttäuscht sind.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Abg. Dr. Linssen (CDU) meldet sich zu Wort.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Mir liegt eigentlich keine Wortmeldung mehr vor. Aber wenn das eine Wortmeldung aus der Fraktion der CDU sein soll, dann haben Sie das Wort, Herr Dr. Linssen.

(Grätz (SPD): Er muß das letzte Wort haben!)

- (B) Dr. Linssen (CDU): Herr Minister Matthiesen, ich dachte, Sie hätten aus meinem Redebeitrag etwas gelernt.

(Lachen bei der SPD - Henning (SPD): Welche Anmaßung!)

Aber Sie haben wieder das gleiche Schauspiel aufgeführt.

Herr Minister, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen: Wenn die SPD in Bonn herumläuft und die Bundesregierung wegen der Subventionen in Sachen Währungsausgleich kritisiert und die SPD permanent sagt, das sei das Unheil, daß die Bundesregierung die Bauern so unterstützt, und hier der Minister die Bundesregierung anklagt, sie tue nicht genug, dann weiß ich nicht, wie das zusammenpassen soll.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Durch Ihr Zitieren von Franz Josef Strauß oder von mir aus auch Lothar Späth wird die Sache nicht besser, Herr Minister. Sie wissen

ganz genau, daß die Struktur in diesen Bundesländern eine völlig andere ist und daß es bei Agrarkonzepten die Schwierigkeit ist, so etwas einheitlich für Deutschland oder sogar für die EG zu stricken. Deshalb kommen Leute ja auf die Idee und sprechen von der notwendigen Renationalisierung. Ich glaube, daß können Sie als verantwortlicher Minister auch nicht vertreten. (C)

Wenn Sie all das ablehnen - und Sie haben es heute getan -, nämlich die Milchquotenregelung, Flächenstilllegungen - das alles kostet Geld -, dann sagen Sie bitte, wie denn das Heil auf diese Landwirtschaft kommen soll.

(Zustimmung bei der CDU)

Ansonsten halte ich meinen Vorwurf aufrecht, daß Ihre Politik in diesem Bereich nicht seriös und Sie billige politische Demagogie betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, im Ältestenrat war vereinbart, daß es zur zweiten Lesung keine Beschränkung der Rednerzahl gibt, dem einzelnen Redner aber nur 15 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen. Von daher gesehen, war die Worterteilung für Herrn Abg. Dr. Linssen also zulässig.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Beratung. (D)

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über die Änderungsanträge der CDU-Fraktion - Drucksachen 10/808 bis 10/811 - ab.

Änderungsantrag Drucksache 9/808 zu Kap. 10 030 Tit. 821 11! Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag Drucksache 10/809 zu Kap. 10 030 Titelgruppe 67 Tit. 892 67! Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ebenfalls abgelehnt.

Zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 10/810 zu Kap. 10 030 Tit. 537 13 (neu)! Antragsteller: CDU-Fraktion. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ebenfalls abgelehnt.

Dann zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 10/811 zu Kap. 10 030

(Vizepräsident Dr. Riemer)

- (A) Tit. 537 14 (neu)! Antragsteller: CDU-Fraktion. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entwurf des Einzelplans 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/730. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Entwurf des Einzelplans 10 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11: Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr.

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/731. Mit den Drucksachen 10/812 bis 815 liegen Ihnen vier Änderungsanträge zu diesem Einzelplan vor.

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung. Das Wort hat Herr Abg. Doppmeier von der Fraktion der CDU.

(Kramps (SPD): Der Großinquisitor!)

- (B) Doppmeier (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratung dieses Einzelplanes ist - ich sage das mit allem Bedacht - ein bedauerliches Kapitel der Haushaltsberatungen 1986. Ich verweise auf das Schreiben des Finanzministers und des Städtebauministers an den Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses vom 5. März, heute, also am 6. März, zugestellt. Darin wird ein Antrag der Landesregierung auf eine weitere Ergänzung des Einzelplans 11 angekündigt. Voraufgegangen war der Verkauf der Wohnungen der Neuen Heimat an die Landesentwicklungsgesellschaft am 3. März.

Meine Damen und Herren, das zeigt wie viele andere Beispiele, daß der Einzelplan 11 des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, soweit es um den Städtebau- und Wohnungsbaubereich geht, voll in den Dienst des Kanzlerkandidaten Rau gestellt wird. Der Haushalt des Ministers Zöpel dient, wenn man ihn genau betrachtet, nicht dazu, die Arbeitslosigkeit im Baubereich abzubauen, sondern die Kürzungen im investiven Bereich dieses Einzelplans haben die gegenteilige Wirkung. Sie führen dazu, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit in diesem Bereich vermindert wird.

(C) Der Einzelplan 11 hält dagegen Mittel für völlig überflüssige politische Spielwiesen des zuständigen Ministers vor. Hingewiesen sei auf die Vorlage 10/225. Da geht es um Zuwendungen für selbstorganisierte gemeindeverbands- oder vereinsgestützte Initiativen im Bereich freizeitpolitischer Maßnahmen, um den Übergang zwischen Arbeitswelt und Ruhestand zu erleichtern. Wir wissen, wie diese Modell-dinge einzuordnen sind. Zunächst fördert das Land mit 90 %; einige Jahre später bleiben die Kommunen darauf hängen. Der Ärger vor Ort ist vorprogrammiert, meine Damen und Herren.

Die Beratungen heute in der Sondersitzung des Städtebauausschusses haben ja gezeigt, daß ernsthafte Beratungen in wichtigen politischen Fragen in diesem Hause leider nicht mehr möglich sind. Die Abstimmungsmaschinerie der SPD walzt alles nieder, nicht nur die Anträge, sondern inzwischen auch schon die Diskussionsbeiträge selbst, meine Damen und Herren. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß der zuständige Minister sogar noch das Fragen unterbinden will, und zwar mit der Bemerkung, er lasse es nicht zu, daß eine Inquisition betrieben würde.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, so etwas ist unerträglich. Wenn das der Stil der nächsten Jahre bis 1990 wird, dann wissen wir, was diesem Lande blüht. Das ist nichts anderes als die Arroganz der Macht, meine Damen und Herren, und wir werden das nicht zulassen!

(Zuruf des Abg. Mernizka (SPD))

(D) - Sie können ja Zusatzfragen stellen; ich kann sie so akustisch nicht verstehen. - Der Einzelplan 11, meine Damen und Herren, enthält nicht nur diese überflüssigen Mittel; der Einzelplan 11 zeichnet sich ebenfalls nicht durch eine Kontinuität in der Ausgabenpolitik aus, sondern durch eine Diskontinuität im Bereich Städtebau und Wohnungswesen. Nicht Perspektiven sind sichtbar, sondern der Einzelplan 11 läßt in der Rückschau und im Vergleich mit den früheren Einzelplänen 11 der Haushaltsjahre 1985, 1984 und 1983 deutlich eine Perspektivlosigkeit erkennen, meine Damen und Herren. Deshalb muß man hier feststellen: Der Einzelplan 11 des Ministers Zöpel ist politisch unseriös, und ich füge hinzu: Er ist so unseriös wie das politische Handeln des Ministers selbst, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will das gern an einigen Zahlen deutlich machen. Noch im März vorigen Jahres kündig-